

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden
für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 20. Dezbr. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: dem Kaiserlich russischen Generalmajor und General à la suite Sr. Majestät des Kaisers v. Trepoff, den Roten Adlerorden erster Klasse, dem Kaiserlich russischen Staatsrat v. Stenger den Roten Adlerorden zweiter Klasse, dem Katasterinspektor, Steuerrat Ulfers, den Königlichen Kronenorden vierter Klasse und dem Oberaufseher Janke bei der Strafanstalt zu Rawicz das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Appell.-Ger.-Vizepräsidenten, Geb. Ober-Justizrat de Röge in Posen zum Unterstaatssekretär im Justizministerium, den Geb. Jüttig und vortratigen Rath im Justizministerium, v. Brandenstein, zum Vizepräsidenten des Appellationsgerichts in Naumburg a. S. und den Appellationsgerichtsrath Schulz-Böller in Glogau zum Vizepräsidenten des Appellationsgerichts in Posen zu ernennen; ferner dem Ober-Justizrat im vormalen hannoverschen Justizministerium, Egelius, und dem Obergerichtsrath im vormalen kurhessischen Justizministerium, Etienne, den Charakter als Geb. Ober-Justizrat mit dem Range eines Raths zweiter Klasse, sowie dem Obergerichtsrath im vormalen hannoverschen Justizministerium, Dencke, und dem Hofsgerichtsrath Horstmann aus Wiesbaden den Charakter als Geheimer Justizrat mit dem Range eines Raths dritter Klasse zu verleihen; desgl. dem Kapitän-Lieutenant und persönlich Adjutanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Adalbert von Preußen, v. Saint-Paul, die Führung des Namens „Le Tanneux v. Saint-Paul-Illaire“ zu gestatten.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hannover, 20. Dezember, Nachmittags. Der Generalgouverneur hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die Grundsätze, nach denen bei dem Übertritt der hannoverschen Offiziere in die preußische Armee verfahren werden soll, dargelegt werden. Die den Übertritt nachsuchenden Offiziere behalten ihre Charge nach ihrem Patent, werden aber nicht günstiger placirt als die in der preußischen Armee mit gleichem Patent Dienenden. Die um Pensionierung einkommenden und den Eid leistenden Offiziere können, sofern sie nicht Invaliden sind, durch Allerhöchste Ordre zur Disposition gestellt werden. Dieselben erhalten ihre Pension nach preußischem oder hannoverschem Reglement, je nachdem der Pensionsatz sich günstiger gestaltet. Die inaktiviven, nicht den Eid leistenden Offiziere können nur nach hannoverschem Reglement pensioniert werden. Jüngeren Offizieren, welche noch kein Recht auf Pension haben, kann der König eine Unterstützung auf Höhe eines halbjährlichen Soldes verleihen. Die im letzten Kriege invalide Gewordenen werden nach preußischem Gesetz pensionirt. Die in der hannoverschen Armee bis zur Besetzung des Landes vertheilten hannoverschen Orden dürfen weiter getragen werden. — Die Frist für die Anmeldung der Offiziere zum preußischen Dienst ist bis zum 15. Januar i. J. verlängert worden.

Wien, 20. Dezbr., Abends. Freiherr v. Beust und der ungarische Hofkanzler Majláth sind nach Pest abgereist.

Die „Wiener Abendpost“ versichert gegenüber den in englischen und französischen Journalen verbreiteten Gerüchten von einer verhängnisvollen Wendung im Geschicke des Kaisers von Mexiko auf Grund der neuesten aus Paris eingegangenen Nachrichten, daß man dort in maßgebenden Kreisen jenen Versionen keinerlei Glaubwürdigkeit beimesse.

Nach einer hier eingelaufenen Mittheilung des österreichischen Gesandten in Florenz hat die italienische Regierung ihre sämmtlichen Douanen dahin instruiert, daß von Neujahr ab Ostreich bei dem Handelsverkehr mit Italien den meistbegünstigten Nationen gleichgestellt werde.

Paris, 20. Dezember, Nachmittags. Prinzessin Clotilde ist heute von einer Tochter entbunden worden.

Das Haus Bourbons hat der spanischen Regierung ein Darlehn von 90 Millionen Franks gegeben.

Petersburg, 20. Dezember, Abends. Von offiziöser Seite werden die Nachrichten ausländischer Blätter über Verhandlungen zwischen dem Papste und dem Patriarchen Sophronius von Konstantinopel, welche eine Union der griechischen und römischen Kirche bezeichnen sollten, für durchaus grundlos erklärt. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß der Patriarch in der zu Konstantinopel erscheinenden griechischen Zeitung „Byzantinis“ derartige Gerüchte entschieden dementirt hat.

Konstantinopel, 20. Dezember. Der ökumenische Patriarch ist seiner Funktionen enthoben worden. Nach Berichten aus Kandia wurde in den dortigen Gewässern ein griechisches Schiff in den Grund gehobt.

Wien, 21. Dezember. Die „Amtszeitung“ publiziert ein Gesetz vom 14. Dezember, wonach vom 1. Januar die gesetzlichen Beschränkungen des Zinsmaßes aufgehoben, und die Strafgesetze gegen Bücher abgeändert werden.

Die Schuldhaft.

Wir haben uns schon bei früherer Gelegenheit gegen die persönliche Haft als Exekutionsmittel ausgesprochen und freuen uns jetzt auch im Herrenhause auf die gleiche Ansicht zu stoßen. Es wurde dort besonders von Dr. Dernburg der Zusammenhang zwischen der Schuldhaft und dem Bucherverbot hervorgehoben und wie das Eine mit dem Anderen fallen müsse. Ein solcher Zusammenhang besteht gewiß, da es etwas Anderes ist, ob jemand für ein wucherisches, verbotenes Darlehen oder für ein gesetzlich erlaubtes seine persönliche Freiheit einzusetzen soll. Das Humanitätsprinzip muß doch auf einer Seite zur Geltung kommen. Darf es noch als human bezeichnet werden, wenn ein Gläubiger, der zu landesüblichen Zinsen oder darunter lebt, bei der Nichtzahlung zu den äußersten Zwangsmitteln greift, so hört dieses Mittel doch gewiß auf human zu sein in der Hand des Buchers.

Mit dem Wegfall des Bucherbegriffes muß aber auch das Exekutionsmittel jeden Schein von Humanität verlieren.

Der Dr. Justizminister hat sich zwar nicht prinzipiell für die Schuldhaft erklärt, aber der Aufhebung doch mehrere Bedenken entgegengestellt, wovon eins darauf verweist, daß auch Frankreich sich zu dem Schritte nicht entschließen könne. Wir lassen dieses Bedenken auf sich beruhen, da

wir nicht zu beurtheilen vermögen, auf welche Gründe sich das Bögern der französischen Gesetzgebung stützt, aber was der Herr Minister aus seinen Berliner Wahrnehmungen ansführt, scheint uns mehr für als gegen die Aufhebung der Schuldhaft zu sprechen. Der Umstand, daß sich in Berlin durchschnittlich nur wenige Personen in Schuldhaft befinden, beweist doch wahrlich nicht, daß es dort wenig schlechte Zahler giebt, da sich die Furcht vor der Haft so wirksam erweist. Es ist vielmehr umgedreht die Schuldhaft von so geringer Wirkung, daß die Gläubiger sie nicht mehr vollstrecken lassen, um ihrem Verlust nicht noch die Sustentationskosten hinzuzufügen. Gemeinhin ist es so, daß nur der ins Schuldgesängnis wandert, der in Wahrheit ganz zahlungsunfähig ist, wer aber noch Mittel hat, sich der Schuldhaft zu entziehen weiß.

In beiden Fällen bleibt das Mittel also fruchtlos. Hin und wieder giebt es auch Personen, die mit der bestimmten Absicht ins Gefängnis gehen, ihren Gläubiger um die Kosten zu prellen, oder solche, die sich für ihre Familie opfern wollen. Mit diesen ist nichts anzufangen.

In einer Stadt unserer Provinz saß ein Graf X., der eine bedeutende Summe an den Fiskus schuldete, nachdem er sein Vermögen seiner Familie verschrieben und sich zahlungsunfähig gemacht hatte, vorle zwei Jahre auf Kosten des Fiskus in einer elenden Dachlammer. Er hat in dieser Zeit 70,000 Thlr. ersessen.

In den meisten Fällen dient die Schuldhaft dazu, den Gläubiger um jede Hoffnung zu bringen, da sie in dem Verfolgten, der im Genuss der Freiheit vielleicht gern seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre, oft diesen guten Willen erstickt, dadurch, daß sie ihm die Möglichkeit des Erwerbs genommen hat. Außerdem fehlt in großen Städten meistens der moralische Eindruck der Maßregel.

Wir vermuten, daß innerhalb unseres Ministeriums ebenfalls Ansichten bestehen, welche die Aufhebung der Schuldhaft begünstigen.

Im September d. J. hat wenigstens die „N. A. Z.“ sich sehr lebhaft gegen dieses Institut erhoben, wir wollten nicht glauben, aus bloßer Mankine gegen das Kapital, dem dieses Blatt sonst nicht sehr hold ist. Es stellte allerdings den Satz auf, daß nur das Geldkapital aus der Schuldhaft Nutzen ziehe, ist aber auch der Meinung, daß durch Anwendung derselben nicht viele Gläubiger zur Befriedigung ihrer Forderungen gelangt sind. Die Schuldhaft sei mehr ein Mittel, die Angehörigen des Schuldners, als ihn selbst, zu treffen. Ein reelles Resultat wird ihm ganz abgesprochen.

„Aber, wird man uns einwenden — so führt das Blatt fort — der Gedanke an die Schuldhaft wird man davon abhalten, leichtfertig Schulden zu machen.“

Gut; — aber die Aufhebung der Schuldhaft wird die Anderen wieder davon abhalten, leichtfertig Kredit zu geben.

Außerdem behauptet man ja stets, die Schuldhaft sei keine Strafe. Aber wenn man behauptet, sie flöge Furcht ein, so wird ja eben ihr Charakter als Strafe hinlänglich dokumentirt. Und es ist überhaupt eines der wunderlichsten Sophismen, womit man diese Materie verirrt, wenn man den Begriff der Strafe eben nur davon abhängig macht, daß die Strafe von einem Richter ausgesprochen werden muß. Es wird schwerlich jemand geben, der zu beweisen versuchen wollte, daß ein Beinbruch kein Beinbruch sei, je nachdem die Veranlassung zum Beinbruch eine verchiedene, — eben so wenig sollte man den Beweis zu führen suchen, daß die Freiheitsentziehung durch die Haft für die davon betroffene Person in ihrer Wirkung nicht dieselbe sei, ob sie als Schuldhaft oder als Strafhaft gelitten wird.

Und wenn wir einen Augenblick zugeben wollen, daß die Schuldhaft keine Strafe sei, was ist sie sonst?

Eine Exekution sagt man:

Gut; aber eine Exekution an dem Leibe eines Schuldners.

Und wie nennt man eine solche Exekution, eine Exekution, die von der Voraussetzung ausgeht, daß der Schuldner irgend welchen Geldwert noch verborgen halten könnte, irgend welchen Kanal nicht öffnen wolle, aus dem er seinen Gläubiger zu befriedigen vermöchte, zu dessen Geständnis man ihn durch die Exekution treiben will?

In der früheren Zeit nannte man eine solche Exekution die „peinliche Frage“, und so ist auch die Schuldhaft, wenn sie keine Strafe, nichts weiter als ein körperliches Zwangsmittel, durch welches der Gläubiger aus einem Unglücklichen einige Thaler mehr herauszupressen sucht. Sie ist eine Art von Tortur, welche die Civilgesetzgebung zu einer Zeit gestattet, in welcher wir mit Befriedigung unsere gegenwärtigen Zustände mit jener Zeit vergleichen, wo die Tortur im Kriminalrecht eine so wichtige Rolle spielt.

Hat sich die Sicherheit der Gesellschaft gemindert, seitdem sie die Tortur abschaffte? Niemand wird dies behaupten. Und doch behauptete man dies vor 150 Jahren, wie man jetzt behauptet, daß der Handel und der Kredit zu seiner Sicherheit der Schuldhaft bedürfe.

Nein, der Handel mit seiner großen civilisatorischen Mission lebt nicht von Menschenfleisch, sondern von Vertrauen.

Der Kredit muß sich auf die Sittlichkeit, nicht auf das Schuldgesetz stützen, und das Gesetz, welches dem Gläubiger nicht gestattet, gewisse Objekte des Schuldners, die demselben zu seinem Erwerb oder zu seinem augenblicklichen Lebensbedarf notwendig sind, zu nehmen, begeht eine große Inkonsistenz, wenn es erlaubt, den Ernährer einer Familie einzusperren und die Familie dem Hungertode preiszugeben.“

Im Princip ist das Institut wohl gerichtet, aber es begreift sich, daß Preußen Angehörige der auf dieses Princip recurrierenden allgemeinen deutschen Wechselgesetzgebung, nicht einseitig mit der Aufhebung vorgehen kann. Dagegen kann es unter den jetzigen Umständen unserer Regierung nicht schwer fallen, in diesem Punkte eine Änderung des Wechselrechts durchzuführen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 20. Dezember. [Der Procentsatz für die Friedensstärke der norddeutschen Bundesar-

me; das Mehr der militärischen Leistungen für Sachsen und die norddeutschen Kleinstaaten.] Wenn, wie jetzt allgemein verlautet, der Procentsatz der Friedensstärke der künftigen norddeutschen Bundesarmee auf 1 Prozent der Bevölkerung festgestellt werden sollte, so würde dadurch die preußische Armee in ihrem gegenwärtigen erweiterten Bestande jedenfalls nur eine sehr geringfügige Verminderung, wohl aber würden die Kontingentsätze wie die sonstigen Militärleistungen sowohl Sachsen wie der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Kleinstaaten eine sehr beträchtliche Erweiterung erfahren. Die Friedensstärke der preußischen Armee incl. der ihr neuerdings zugewachsenen Verstärkungen beträgt nämlich nach den bisherigen Etatsätzen für die einzelnen preußischen Truppenkörper berechnet, 247,954 Mann, was bei etwa 23½ Million Einwohnern um ungefähr 15,000 Mann den erwähnten Procentsatz übersteigt, bei einer Gesamtbevölkerung des Norddeutschen Bundes von 29½ Million und dem genannten Procentsatz würde aber die Friedensstärke der norddeutschen Armee auf 295,000 Mann bemessen sein.

Davon lämen dann noch etwa 48,000 auf Sachsen und die norddeutschen Kleinstaaten, ohne Zweifel wird außerdem aber noch ein Theil der Mehrstellung Preußens an Kavallerie, Artillerie und den Spezialwaffen in Hinsicht des Kostenpunkts auf die Kleinstaaten übertragen und hierdurch das Mehr seiner Militärleistung für Preußen überhaupt ausgeglichen werden.

Auch der eigene und unmittelbare Kontingentsatz derselben an Infanterie und Kavallerie findet sich indeß in der neuerdings veröffentlichten Ordre de bataille des gegenwärtigen Bestandes der preußisch-norddeutschen Armee auf 13 Infanterieregimenter und 4 einzelne Bataillone nebst 3 Kavallerieregimentern festgestellt, und da nach der ausdrücklichen Erklärung der preußischen Regierung auch für die norddeutschen Truppen in Allem die preußischen Normen gelten sollen, so würden sich diese, das Infanterieregiment zu 3 Bataillone angenommen, zusammen auf 42 Bataillone und 15 Eskadrons und dem Mannschaftsstande ihrer Friedensstärke nach auf 24,789 Mann berechnen. Gegennärig stellen diese Staaten indeß zusammen nur 31½ Bataillone und 9 Schwadronen, und der Zuwachs an Kadres würde demzufolge für sie 11½ Bataillone und 6 Schwadronen betragen. Aehnlich dürfte sich dies mit Sachsen verhalten, dessen Mehrleistung gegen den bisherigen Stand bei Aufstellung eines eigenen Armeekorps sich auf 7 Bataillone, 5 Eskadrons, ebensoviiele Batterien, 2 Pionierkompanien und 1 Trainbataillon berechnet. Das Mehr der Leistung schließt aber für diesen Staat wie für die Kleinstaaten hierbei noch nicht ab, denn die Etatsätze für die Friedensstärke ihrer Truppenkörper waren in sich sehr verschieden, aber durchgängig viel niedriger, als die der preußischen Armee gegriffen, wozu zur Verminderung des Kostenpunkts bei allen diesen Staaten noch außer der Exzerzierzeit massenhafte und umfassende Beurlaubungen hinzutrat, welche jetzt natürlich ebenfalls in Wegfall kommen. Für Sachsen würde überdies auch noch die gleichmäßige Bewaffnung, Ausrüstung und Uniformirung eine sehr beträchtliche Ausgabe bilden, während die Kleinstaaten sich hierin meist früher schon dem preußischen Vorbilde angegeschlossen haben und namentlich die Bewaffnung mit Bündnadelgewehren bei denselben, mit Ausnahme von Hessen-Darmstadt, schon bewirkt ist. Thatsache ist indeß, daß alle diese Staaten in Hinsicht ihrer Militärleistung weit hinter den, selbst von dem ehemaligen deutschen Bunde an sie gestellten Ansprüchen zurückgeblieben waren, und eine Beanstandung der von ihnen jetzt geforderten Leistungen von Seiten des Norddeutschen Parlaments dürfte wohl um so weniger zu befürchten sein, als einmal der Procentsatz von einem Prozent der Bevölkerung für die Armee sehr niedrig gegriffen wäre und zweitens mit der so bewirkten Fixierung der Armeestärke auch der von der zweiten preußischen Kammer so lange und eindringlich erhobenen Forderung einer Kontingentirung der Armee ein Genüge geschehen sein würde. Was die gleichmäßige Ausrüstung und Uniformirung der norddeutschen Bundesarmee angeht, so stehen die Vorschriften darüber übrigens keinesfalls früher, als nach der definitiven Schlusshafung über die etwaigen Änderungen hierin bei der eigenen preußischen Armee zu erwarten, wofür bekanntlich eine eigene Kommission unter Vorsitz des preußischen Kronprinzen eingesetzt worden war. Wahrscheinlich wird diese rein militärische Angelegenheit aber dann zunächst durch eine zweite norddeutsche Militärmmission vorberathen und schließlich durch eine einfache Verfügung des obersten Kriegsherrn definitiv geordnet und erledigt werden.

— Auf Befehl Sr. Maj. des Königs soll das Ordensfest im nächsten Jahre am Sonntag, den 20. Januar 1867, in hergebrachter Weise begangen und die kirchliche Feier in der Schloß-Kapelle angeordnet werden.

— Se. königl. Hoheit der Kronprinz wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Central-Kommission für die nächstjährige Pariser Ausstellung, aller Wahrscheinlichkeit nach, der Eröffnungsfeier dort beiwohnen und derselben dadurch einen besonderen Glanz verleihen. Mit Genehmigung Höchstdesselben wird unter dem Namen Sr. l. H. auch ein Modell eines Hauses der hiesigen gemeinnützigen Bau-Gesellschaft, deren stellvertretender Protektor, wie bekannt, der Kronprinz ist, auf der Ausstellung zu sehen sein. Diese Gesellschaft besteht seit dem Jahre 1848, hat also eine hinreichende Erfahrung in Betreff ihrer Bauten gesammelt.

— Die „Neue Pr. Ztg.“ veröffentlicht eine Anzahl vertraulicher Briefe des Hrn. Grafen v. Bismarck aus den Jahren 1856 bis 1864, welche einen sehr bemerkenswerten Beleg für die Anschauungen des genannten Staatsmannes über den Gang der deutschen Angelegenheiten in jener Periode geben. Es geht daraus bemerkbar, daß die „N. Allg. Ztg.“ mit Entschiedenheit hervor, daß die von dem Hrn. Minister neuerlich befolgte deutsche Politik ihre Keime in den schon längst gehegten Ansichten derselben über den allein heilsamen, möglich friedlichen Austrag der deutschen Verwickelungen hatte und eben so entfernt war, eine improvisierte als eine provozierende zu sein.

— Bei der heute vollzogenen Wahl eines Abgeordneten für den Frankfurt-Lebuser Kreis, ist Herr Ober-Amtmann Oppé in Wollup (liberal) gewählt worden.

— Sr. Maj. Schiff „Vinet“ ist laut Anzeige des Schiffskommandos am 6. Oktober in Honolulu angelkommen, nachdem dasselbe Kallao am 2. September verlassen.

— Wie verlaufen, hat sich hier eine Gesellschaft zur Errichtung eines großartigen Quariums gebildet, dessen wissenschaftliche Leitung einer unserer bedeutendsten und bekanntesten Naturforscher übernehmen wird.

— Die Gesammtzahl der immatrikulirten Studirenden auf der Universität zu Greifswald im Wintersemester 1866/67 beträgt 427 und zwar zählt die theologische Fakultät 17, die juristische 16, die medicinische 273, die philosophische Fakultät 121.

Hannover, 17. Dezbr. Gestern hatte Herr v. Bennigsen, der Parlamentswahl wegen, seine nächsten Freunde hier um sich, etwa dreißig aus ziemlich allen Landesteilen; nur die Ostfriesen hatten sich gänzlich ausgeschlossen. Man befragte in der Versammlung, daß die Eintheilung der Wahlkreise noch immer nicht bekannt gemacht ist, was denn auch von der Vertheilung der Kandidaten der nationalen Partei auf die verschiedenen Bezirke abhängt. In den Grundsätzen war man durchaus einig, wünschte die Bildung von Ortsausschüssen und will durch einen Centralausschuß von hier aus (R. v. Bennigsen, Syndicus Albrecht und v. d. Horst) mit Rath und That an die Hand gehen, auch demnächst einen Aufruf an die Hannoveraner erlassen. Daß die Politiker von der Partei Benningsens keinen glatten Boden für die Männer ihrer Wahl vorfinden, verhehlen sie sich nicht. Die annexionsfeindliche Partei aber hat noch gar keine Anstalten zur Führung der Massen getroffen.

Die Stände in Braunschweig sind bereits wieder vertagt, nachdem sie das Reichswahlgesetz verabschiedet haben; die vertraulich berathene Antwort auf die Eröffnungsrede, die sie heute mittheilen, haben sie noch vor der Vertagung abgesandt. Die auf Deutschland bezüglichen Stellen sind diese: „Wie wir demütig vor Gott in den gewaltigen Eingriffen des abscheidenden Jahres eine höhere Ordnung verehren, welche durch die bewunderungswürdigen Erfolge der preußischen Waffen der einheitlichen Machtentwicklung Deutschlands die große Wahrheit geöffnet hat, so mögen wir uns auch der ersten Erkenntnis nicht verschließen, daß für die Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands Opfer der eigenen Autonomie gebracht werden müssen. Aber einig, wie wir bisher in der Auffassung der politischen Lage und Bedürfnisse mit Ev. hohen Landesregierung gewesen sind, werden wir die unvermeidlichen Beschränkungen einer unverkürzten staatlichen Selbstständigkeit gern verschmerzen und den Fürsten wie die Stätte unserer glücklichen Heimath nur noch inniger lieben, wenn dafür dem Namen „Braunschweig“ ein Anteil gewonnen wird an den Ehren und Siegen der gebietenden Macht des geeinten Deutschlands. Ist dieselbe zur Zeit noch verkümmert von dem eisernen Reide des Auslandes und das Werk äußerlich kaum halb vollendet, so kann nur im engsten Anschluß an die Thatkraft Preußens das hehre Ziel vollständig erreicht werden.“

Hannover, 20. Dezember. Durch eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs ist den freiwillig in die Kavallerie Eintretenden die Einstellung ausnahmsweise am 15. Januar n. J. gestattet worden. Der Termin für die Anmeldung der Unteroffiziere zum Eintritt in den Dienst ist bis zum 27. Dezember verlängert worden.

Sachsen. Dresden, 19. Dezember. Das schlafrunkene politische Leben beginnt sich hier die Angen zu reiben und die Glieder zu recken. Eine kürzlich abgehaltene Volksversammlung zu Gunsten der Reichstagswahlen, von der Arbeiterpartei veranstaltet, artete in einen vollständigen Standal aus und mußte politisch geschlossen werden. Eine Einigung über ein Programm kam nicht zu Stande, sondern dasjenige, das aufgestellt und von den Bassallianern durchgesetzt werden sollte, sprengte den Arbeiter-Bildungsverein, den Verein Gewerbetreibender, Ge-sellenverein und Volksverein, die sich zu einem Ganzen für die Wahlbewegung zusammenschließen wollten, nach allen Richtungen der politischen Windrose auseinander. Seitdem schwirrt die Lust von Sonder-Programmen. Das Programm der Bassallianer lautet:

„I. Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staateinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann: Durch Einheit zur Freiheit!“

II. Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts

mit geheimer Abstimmung im ganzen deutschen Vaterlande. Allgemeine Volksbewaffnung.

III. Anerkennung, daß dem jetzt zusammenberufenen deutschen Volksparlament das Recht der beschließenden und nicht blos berathenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe.

IV. Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiter-Associationen mit Staatshilfe nach den Prinzipien Ferdinand Lassalle's“ —

Dieses Programm hängt in der Lust. Es hat gewiß eine sehr vünftige Grundidee, will mit dieser aber durch die Wand und mit einem Schritt zum Ziel, was wie unser Blaten singt, nur die Unternehmung eines Gottes zu sein pflegt. Menschen dürfen sich das langsame Vor gehen nicht verbriezen lassen und die Füße ihres Geistes ebenso gut wie ihres Leibes nicht schonen, um ihre höchsten und edelsten Zwecke zu erreichen.

Die politische Centrumspartei, deren Programm wir bereits neulich mitgetheilt, hat diese Wahrheit erkannt und ist in Folge dessen mit grösster Umsicht verfahren. Ihre gestern Abend abgehaltene Versammlung, die von Gesinnungsgenossen zahlreich besucht war, verlief besonnen und ruhig und führte zur einstimmigen Annahme des Programms, auf dem man indes nicht hartnäckig bestehen will, wenn sich unter einem andern eine Verschmelzung mit andern freisinnigen Elementen erzielen läßt. Zunächst ist man mit der eigentlichen großen liberalen Landespartei nur noch wegen der Reichsverfassung und des Passus auseinander, der vom Anschluß des deutschen Südens handelt. Leipzig und Chemnitz wünschen davon abzusehen, die Dresdener linke Centrumspartei glaubt darauf beharrn zu müssen, was, wie uns scheint, beides eine Art Unrecht ist. Allerdings ist die Reichsverfassung die einzige große politische Errungenschaft des Jahres 1848, gewissermaßen das Palladium der Nation. Allein eben darum braucht man sich nicht eigenhändig darauf und dagegen zu verstießen. Es steht ohne Zweifel fest, daß eine geschichtliche Bewegung in Deutschland darüber zur Tages-Ordnung übergehen können wird, sondern jede darauf wird führen müssen. Wählt man doch jetzt schon nach dem Reichswahlgesetz, das ein integrierender Theil der Reichsverfassung ist. Was von dieser lebensfähig, nutz- und anwendbar ist, das wird in jede deutsche politische Erhebung transpirieren, man mag thun oder lassen was man mag. Ist das doch stillschweigende Lebensbedingung, denn der Geist der Reichsverfassung wird zur Philosophie unserer ganzen modernen Staatskunst werden, indem er schließlich alle unsere öffentlichen Staatsinstitutionen durchpulsen und durchwehen wird. Eben aus diesem Grunde aber sollte man sich nicht auf deren Wortlaut verstießen und versessen machen, wie das die „Volkszeitung“ thut, die die „Posener Zeitung“ in ihrem Leitartikel vom 17. d. M. mit Recht deswegen angegriffen hat.

Was wahrhaft in das geschichtliche Leben und Bewußtsein eines Volkes übergegangen, das verfliegt nicht und am wenigsten, wenn es darin gewissermaßen latent bleibt. Berührt man es aber zur leidigen Prinzipienreiterei, so wird es die todte Schrift, die unter den Händen einer wachsenden Bewegung zerbröckelt. Man stehe also mit der Reichsverfassung, aber man folle nicht mit ihr.

Diese Ansicht wird hoffentlich auch hier noch Platz greifen, ebenso wie man wohl einsehen wird, daß der Anschluß des deutschen Südens an den vorläufigen Norddeutschen Bund eine ebenso politische, als historische Notwendigkeit ist. Wäre er das nicht, so würden alle diese Programm-Bedingungen zu den Reichstagssitzungen nichts nützen und er damit nie und nimmer zu Stande gebracht werden. Sei man also doch ja nicht pedantisch und überlässe mir alle „Webstühle der Zeit“, den Flachs von selbst zu spinnen, den Weizen und Natur des deutschen Volkes um den Rocken gewunden.

Dresden, 19. Dezember. Se. Majestät der König und Se. R. H. der Kronprinz von Sachsen sind um 3½ Uhr von Berlin hier angelangt und außer von sämmlichen Staatsministern auch vom General v. Bonin auf dem Bahnhofe empfangen. Unmittelbar nach dieser Rückkehr finden Ministerberathungen statt, in deren Erwartung Herr v. Friesen hier geblieben ist, welcher erst Ende dieser Woche sich zu den Berathungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes nach Berlin begeben wird.

Hamburg, 18. Dezbr. Das Hamburger Telegraphenwesen geht schon in nächster Zeit an die preußische Betriebsleitung über. Preußen übernimmt auch auf Wunsch der Betreffenden die bisher städtischen

Telegraphenbeamten, sobald sie dem König von Preußen den vorgeschriebenen Dienstleid leisten. Die Finanz-Deputation des Senats hat der preußischen Regierung die früher hannoverschen Posträumlichkeiten, eben so die großen Lokalitäten des seiner baldigen Auflösung entgegenstehenden Thurn und Taxischen Postamtes auf mehrere Jahre hinaus in Mietje überlassen, und wird sowohl die für Hamburg definitiv bestimmte preuß. Telegraphen-Centralverwaltung, als auch die Hauptannahme und Hauptexpeditionstelle der Telegraphenbetriebs-Station Hamburg so rasch als thunlich in diesen zweckentsprechend großen Räumlichkeiten ihren Sitz ausschlagen. Für den Centraltelegraphen-Direktor Krüger ist im erwähnten Gebäude eine Dienstwohnung gleichfalls adoptirt. (H. N.)

Deutsch.

Wien, 17. Dezember. Während die Abredadeputation des niederoestreichischen Landtages nur sehr tief aufgenommen wurde, hat sich die böhmische Deputation, die nur aus Czechen bestand und vom Landesmarschall Grafen Nostitz und Bürgermeister Bielsky geführt wurde, vor gestern einer sehr gnädigen Aufnahme zu erfreuen gehabt. Der Kaiser betonte in seiner Antwort: die bisherige Haltung des Landtages rechtfertige sein Vertrauen, daß der böhmische Landtag bei dem Werl der Verständigung, welches auf die Befriedigung aller seiner Völker ziele, eine Stütze sei. Die Regierung bewirkt sich jetzt offenbar um den Beifall der slawisch-föderatistischen Parteiführer, welche unter Berufung auf die Grundsätze des Oktoberdiploms der gegenwärtigen innern Politik zustimmen, und sucht sich dadurch ein Gegengewicht gegen die immer fester und zähtere Haltung der Magyaren zu schaffen. Nach den neuesten Nachrichten aus Pesth wird nicht einmal in der 67er Kommission der von der Wiener Regierung als annehmbare Basis bezeichnete Entwurf der 15er Subkommission über die gemeinsamen Angelegenheiten durchdringen, und die Linke hat sich offen dafür ausgesprochen, daß nur die Herstellung einer Personalunion zwischen Oestreich und Ungarn den nationalen Interessen genüge. Unter diesen Umständen hat die Regierung durch die „Wiener Abendpost“ bereits offiziell verkünden lassen, daß sie das Ausgleichswerk als gescheitert ansieht. Auch der Vicepräsident der ungarischen Statthalterei hat die Sensation erregende Neuauflage bei der Pesther Debatte, daß ihm der Adressentwurf den Ausgleich eher aufzuhalten als zu fördern scheine. Die Ernennung eines ungarischen Ministeriums erscheint daher wieder in weite Ferne gerückt und im Einlang hiermit wird die Einberufung einer Centralvertretung aus den übrigen Ländern, diesmal auch unter Theilnahme der Slawen, als eine Frage der nächsten Zukunft betrachtet.

Unterdeß hat der Kardinal-Erzbischof Rauch der gestern wieder einen langathmigen, von Gift und Galle strohenden Hirtenbrief erlassen, in welchem er sich über alle Zeitfragen eingehend ausspricht. In der inneren Politik spricht er als Centralist für unbedingte Einheit des Herrwesens und der Finanzen und gegen Veränderungen, „durch deren Zugang die Kaiserkrone zum leeren Namen gemacht und Oestreich unter dem Beifallklatschen seiner Feinde zur Ohnmacht verurtheilt werde. Nach Oestreichs Untergang verlangen Zeue, die sich in seine Trümmer stiehen möchten, sammt Allen, deren Augenmerk auf eine Gesellschaft ohne Gott und König gerichtet ist.“ Die überall sich äußernde Opposition gegen die Jesuiten, „das Toben und Schimpfen“ gegen dieselben ist nach Ansicht des Kardinals gegen die katholische Kirche gerichtet, die Bestrebungen, das Unterrichtswerk von den Jesuiten, in denen es feingemacht wird, zu befreien, charakterisiert er als Ausschluß einer widerchristlichen Propaganda. Diese heftige, von finstrem Zelothismus diktirte Philippica wird einfach verachtet.

Mehr Sensation erregt eine Rede des Herrn v. Benußt, welche derselbe bei Unterzeichnung des Schlussprotokolls über den Handelsvertrag an die französischen Bevollmächtigten gehalten hat. Er hob den Unterschied zwischen Friedens- und Handelsverträgen hervor und fuhr dann fort: Die Friedensverträge werden bekanntlich immer und überall auf ewige Zeiten geschlossen, dennoch ist jeder Theil von vornherein entflochten, den Vertrag nicht einen Augenblick länger zu halten, als es der eigene Vortheil erfordert. Handelsverträge hingegen werden gewöhnlich nur auf eine beschränkte Zeit mit Ablösung geschlossen, aber gerade diese dauern dann ewig und bilden ein festes unlösbares Band zwischen den Völkern. Es sei ein gutes Zeichen, daß der erste Vertrag, den Oestreich

gewöhnlich nicht besser hatten, als ihre geplagten Pferde und Ochsen. Auf vielen Gütern menschlicher gefüllter Herren hatten es die Leute dagegen recht gut; sie zahlten an die Herren solidarisch jährlich entweder eine gewisse feste Summe oder wirtschafteten gemeinschaftlich mit diesen und hatten einen gewissen Anteil an dem Ertrage der von ihnen bebauten Ländereien. Unter solchen Verhältnissen sammelten die Bauern oft große Summen, die sie aber meist aus Furcht oder weil sie ein Eigentum nicht erwerben konnten, verbargen und somit ganz unbenutzt und ungenutzt tot liegen hatten.

Nachdem Vorstehendes zur Berichtigung mancher irrgew. Ansicht über das Wesen der Leibeigenschaft vorausgeschickt worden, geben wir zu dem Emancipations-Moment und den ihn begleitenden Umständen über.

Wie bekannt durfte ein Leibeigener weder einen Pachts- noch Kaufvertrag gültig und ohne Genehmigung seines Herrn schließen, auch konnte er nicht legtwillig über etwas verfügen, weil er eigentlich nichts eigentümlich besaß und er selbst mit Allem dem Herrn gehörte.

Dass das Institut der Leibeigenschaft allmählig immer mehr mit den Anforderungen des Zeitalters in Widerspruch trat und der Entwicklung Russlands hemmend im Wege stand, sahen seine Herrscher wohl ein, und Alexander I. wagte es zuerst, die Art an die Wurzel des Baumes zu legen, als er am 22. März 1822 einen Utaß erließ, nach welchem der Leibeigene gültige Pacht- und Kaufverträge schließen durfte. Er selbst ging hierin gleich vorwärts, indem die Leibeigenen auf den Kronländern diese gegen einen festen Kanon in Erbpacht erhielten und, wenn auch noch an die Scholle gebunden, doch von sonstigen persönlichen Bindlichkeiten befreit waren. Viele Gutsherren folgten diesen Beispiele und schlossen mit ihnen zu einer Familie vereinten Leibeigenen dauernde Pachtverträge ab. Der Kaiser Nikolaus ging noch weiter, indem er im März 1827 einen Utaß erließ, nach welchem den Leibeigenen das Recht eingeräumt wurde, über ihren beweglichen und unbeweglichen Besitz zu Gunsten ihrer Nachgebliedeten legtwillig zu verfügen. Mit diesem Moment war die Leibeigenschaft faktisch aufgehoben. Der Baum hing, seiner Wurzeln ledig, gleichsam nur schwappend in der Luft und es bedurfte nur eines Rücks, um das Ganze zusammenzustürzen. Aber das wagte man eben nicht, weil nicht allein die Existenz des russischen Landadels in der Leibeigenschaft wurzelte, sondern auch fast der ganze Staatsorganismus, das Rekruten- und ganze Heerwesen, das Abgabenwesen etc. auf dieses Institut basirt war und daher eine große sociale Revolution fiedem mit der Aufhebung unvermeidlich scheinen müste. Diese

Bilder aus Russland.

I. Die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Nach dem Grundprinzip der Leibeigenschaft gehörte der Leibeigene seinem Herrn, und seine leiblichen und geistigen Kräfte waren Eigentum des Herrn und von dessen Willen abhängig. Wie in Deutschland und andern Kulturstaaten der Landbesitz nach Akern, Morgen etc. geschätzt und bezahlt wird, schätzte und bezahlte man ein Landgut nach der Zahl der männlichen Eingeborenen, nach Seelen, und da als Norm für die Schätzung 10 Rubel für die Seele oder den männlichen Kopf jährliches Einkommen angenommen war, so war ein Landgut so viele male zweihundert Rubel wert, als es zur Zeit männliche Seelen befaßt. Die Verwendung der vom russischen Edelmann ererbten oder erkauften Menschen, war nach der Urabsicht der Leibeigenschaft für den Ackerbau bestimmt. Da aber der Boden bei der mangelhaften Bearbeitung und den schlechten Verkehrsmitteln nicht überall sonderlich rentierte, so mußte der Herr darauf denken, die ihm zu Gebote stehenden Menschenkräfte anderweit und für ihn so vortheilhaft als möglich zu verwerthen. Wenn daher für die Bewirthschaftung des Gutes angemessene Kräfte abgetheilt und die verschiedenen Tächer im Hause mit einem Dienertrotz bis zum Ueberfluß aus den Leibeigenen versehen waren, und man für das zu stellende Rekrutentontingent die moralisch und körperlich zu anderen Sachen untauglichsten Subjekte ausgesucht, blieb immer noch eine Anzahl Leibeigner übrig, die dem Herrn je nach Laune oder Bedürfnis Gelegenheit zu Spekulationen boten. Große und reiche Herren, denen es um einen glänzenden Hofstaat und um's Vergnügen ging, schickten Leibeigene in große Städte, ließen sie oft mit grossem Kostenaufwande nach ihren Fähigkeiten in Künsten, in der Musik, in Handwerken und Gewerben etc. unterrichten und nahmen sie dann an ihren Hof und in die geeigneten Stellungen. So hatte z. B. der Fürst Galizin, zur Zeit einer der reichsten und prachtliebendsten Magnaten Russlands, eine eigene Kapelle von 120 Mann, zehn Köche und Konditoren, Friseure, Wagenbauer, Schreiner, und alle Handwerker an seinem Hof und auf seinen Gütern, die sämmtlich aus seinen Leibeigenen genommen und auf seine Kosten zum Theil im Auslande, z. B. Musiker in Wien, Köche in Paris und Hamburg, Tasfeldecker und Kammerdiener in Leipzig und Frankfurt etc. ausgebildet waren.

Andere Herren verwendeten Summen, wie in anderen Staaten

Mit Frankreich abschließe, einer von jenen sei, deren ewige Dauer nicht bloß auf dem Papier stehe; er hoffe, es würden diesem noch Andere von gleicher Festigkeit nachfolgen; er sei überzeugt, daß Frankreich nie von Destreich eine andere Verkleinerung fordern werde, als eine Verkleinerung seiner Tarifäze; wenn Destreich seine Schiffe nach den Häfen Frankreichs lenke, werde es bei dieser freundlichen Aufnahme und Schutz gegen Schiffbruch finden u. s. w. Der „Tagesbote“, welcher diese Episode berichtet, bemerkt, der Herzog von Grammont habe diese Rede mit steigender Verlegenheit angehört und in seiner Antwort sich darauf beschränkt, zu konstatiren, daß er nur seine Privatanseichten und Gefühle ausdrücke, daß diese aber mit jenen des österreichischen Ministers vollkommen übereinstimmen.

(Wien, 19. Dezember. In Galizien gehen — was auch die „Offizielle“ dagegen sagen mögen — wunderbare Dinge vor. In demselben Augenblicke, wo hier die Adressdeputation des Lemberger Landtages dem Kaiser die unerschütterliche Treue jenes Königreiches beteuert, finden dort an mehreren Orten das Gelage statt, bei denen der Adel des Landes laut und lärmend seine Hoffnung auf einen baldigen Krieg mit Russland ausspricht. Von einem derartigen Gastmahl wird mir berichtet, daß ein reicher Kavalier in der Nähe von Lemberg am Schlusse eines wilden Banketts einen Toast folgenden Inhaltes ausbrachte: „er habe 3 Güter im Werthe von einer halben Million, aber er wolle ein Schufst sein, wenn er sie nicht bis zum letzten Heller hergebe und als gemeiner Soldat in die k. k. Armee eintrete, sobald es im nächsten Frühjahr gegen die Moskowiter gehe.“ Natürlich schloß der begeisterte Redner mit einem Toast auf Franz Joseph und Destreich; aber selbstverständlich nur in sofern, als der Graf Goluchowski im Stande sein wird, beide dahin zu bringen, daß sie als Besieger und Wiederhersteller Polens jene Rolle spielen, für welche man sie in Galizien prädestiniert glaubt. Es ist also wieder ganz die alte Geschichte von 1848, wo die österreichischen Polen ja auch mit fabelhafter Begeisterung Ferdinand I. als König und Restaurator des Jagellonen-Reiches leben ließen! Trotz der damals und 1863 aufs neue erhaltenen Lektion, daß sie mit diesen himmlischen Hoffnungen eben Unmögliches von Destreich verlangen, beginnen sie den Ringeltanz von vorne, der sie stets ihr Augenmerk auf Destreich richten läßt, sobald sie sich von der Vergleichlichkeit ihrer auf die Westmächte gesetzten Erwartungen überzeugt haben. Daß die Illusionen auch diesmal dasselbe Ende nehmen werden und nehmen müssen wie früher, brauche ich nicht erst weitläufig auszuführen; nur ist es schlimm, daß gegenwärtig unter jenen Luftspiegeln nicht bloß die Polen selber, sondern auch ganz Destreich und in erster Linie die Deutschösterreicher empfindlich zu leiden haben werden. Der Enthusiasmus, in welchen die Polen auf dem Lemberger Landtag sich für das Destreich des Septemberpatentes hineingeredet, kommt Niemandem sonst zu Gute als dem Ministerium Buist-Belcredi-Majlath und verhindert die Erlösung der deutschen Kronländer von dem Zoch des ultramontan-seudalen Absolutismus. Wenn dann später die Herrlichkeit der entente cordiale zwischen Wien und Lemberg in althergebrachter Weise in Trümmer geht, wenn der große Starost Goluchowski sich entscheidet, ob er zum Verräther an seinem Monarchen, oder an den Hoffnungen, die er bei seinen oft betrogenen Landsleuten erweckt, werden will; wenn dann der Hof entdeckt, daß die Anhänglichkeit der Polen an Destreich doch nicht eine so warnde und unbedingte gewesen, wie eine kleine von den Nationalen dupierte aristokratisch-klerikale Clique der Dynastie vorgespiegelt hat; dann wird es in der Stunde der Gefahr, die eben durch das Doppelspiel in Galizien schnell genug herausbeschworen werden kann, doch nicht so ganz ausgemacht sein, ob sich im Handumdrehen jene deutschen Sympathien für das Reich zurückgewinnen lassen, die das Sistirungsministerium zum ersten Male bis in ihre tiefsten Fundamente erschüttert hat. Nicht bloß auf den Landtagen, nicht bloß in den Gemeinderäthen, nein, aus dem Munde jedes ehrlichen Bürgers und bald durch jedes, nicht in Thürler Glaubenseinheit verkommenen Bauern in Deutsch-Destreich kann man heute einen Fluch darüber hören: was denn wir verbrochen haben, um ewig mit Nationalitäten zusammengekoppelt zu sein, deren Haltung der Regierung die Mittel an die Hand giebt, uns durch eine Pfaffen- und Adelswirtschaft, wie man sie höchstens noch in Spanien kennt, in dem Banne mittelalterlicher Zustände festzuhalten; und durch die jesuitische Verdummung.

fürchtend, ließ man dem Namen nach die Leibeigenschaft fortbestehen, während sie dem Wesen nach bereits aufgehört hatte, bis Kaiser Alexander II. es wagte, den großen Schritt zu thun, bei dem eine unsichtbare Macht, seine ärgste Feindin, ihm unwillkürlich in die Hände arbeitete.

Die social-revolutionäre Propaganda, welche seit den zwanziger Jahren unaufhörlich für die Idee eines allgemeinen Umsturzes arbeitet und an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Zeiten — zumal im Jahre 1848 Zeichen ihres Daseins gegeben, hatte ihr Augenmerk besonders auf Russland gerichtet, weil dieses ihrem Streben überall am meisten entgegenstellt und dessen Befestigung zuerst erreicht sein mußte, wenn das Gebäude der neuen Freiheit erstehen sollte.

Diese Partei hatte die Zustände in Russland richtig überblickt. Sie hatte in der leicht herbeizuführenden sozialen Revolution der Leibeigenen eine Gelegenheit erblickt, nicht allein Russland lahm zu legen, sondern auch auf demselben Plateau einen sichern Anknüpfunkt für eine weitere — vielleicht europäische Bewegung zu finden. Seit dem Jahre 1840 schon begannen die Agitationen in Russland. Zahllos durchzogen Emigrä — darunter auch viele bereitwillige Einländer — die Gauen des Landes und waren überall thätig, durch Schrift und Wort und kostspielige Manipulationen die Bevölkerung für ihre Zwecke vorzubereiten und zu bearbeiten. Natürlich konnte dies der Regierung nicht fremd bleiben und viele Individuen, sowohl einheimische als fremde, verfielen der lauernden Freiheit und wanderten, falls sie sich nicht zeitig genug durch Flucht gerettet, in die Bergwerke Sibiriens.

Aber nicht allein, daß man den Agitatoren aufblieb und ihren Untrieben entgegenarbeitete; mit dem Regierungsantritt des Kaisers Alexander II. war auch der Entschluß desselben laut geworden, die Freiheitserklärung der Leibeigenen zur Wahrheit zu machen. Die Vorarbeiten begannen und waren bereits so weit gediehen, daß es nur noch einiger Abrundungen bedurfte, um das gewichtige Werk durch den letzten Federstrich dem legalen Alt zuvorzukommen, wenn sie nicht ihre gehabte Mühe verloren geben wollte. Man hatte so gerechnet: Wenn das Volk durch eine sorgfältige Proklamation in den Freiheitstaumel hineinmanövriert würde, bevor die Sache in der Kommission, welcher der Kaiser persönlich präsidierte, zum Abschluß gekommen und eine wirkliche Freiheitserklärung noch deshalb nicht erlassen werden könne, würde dasselbe nicht mehr zu beschwichten sein und der furchtbare Zusammenstoß desselben mit der Krone ein zermalmender werden. Schläge dies um und gäbe man dem Volke nach, so könne dies nur auf Kosten des Adels geschehen, der, seiner Lebens-

methode, wie Bauer es auf dem niederösterreichischen Landtage so kräftig und wahr ausgedrückt, in eine „Menagerie von Trotteln“ zu verwandeln? Was unerreichbar schien — nämlich den Deutsch-Destreichern die schwarz-gelben Mücken auszutreiben und sie zu guten Deutschen zu machen — dafür hat das Ministerium Buist-Belcredi-Majlath in kürzester Frist Außerordentliches geleistet, indem es mit Hilfe der „interventanten“ Nationalitäten fort und fort jene Bahnen verfolgt, welche gleich nach Schmerlings Sturz Graf Blome, unser damalige Gesandter in München, in das freche Wort zusammenfaßte: „warum sollen wir nicht durchdringen? wir haben ja nichts gegen uns, als das bischen deutsche Intelligenz!“

Prag, 17. Dezember. In den Professorenkollegien der Universität haben die Verathungen darüber begonnen, inwiefern czechische Lehranstalten zu errichten wären. Sicherem Vernehmen nach werden sich die medizinischen und philosophischen Professorenkollegien gegen die Cechisierung, das theologische und wahrscheinlich auch das juridische Professorenkollegium für dieselbe aussprechen. Der akademische Senat, welcher das Gutachten in letzter Instanz abgeben soll, zählt gerade so viel deutsche als czechische Namen. — Dieser Tage wurde hier eine Gesellschaft entdeckt, welche sich mit der Fabrikation und Herausgabe falscher Münzscheine beschäftigte. — Im Gerichtsaal finden jetzt die Verhandlungen gegen die beiden Judenexcessen im Laufe dieses Jahres beteiligten Personen statt.

* Lemberg, 18. Dezember. Der vom Landtage angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Eintheilung des Landes in 74 Kreise hat die landesherrliche Bestätigung erhalten. Das neue Statut tritt mit dem 15. Januar ins Leben. An demselben Tage wird die Stadthalterei-Kommission in Pragau aufgelöst. Eine beträchtliche Zahl politischer Beamten wird dadurch dienstlos.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Dezember. In der Kohlengrube bei Barnsley fand am Sonnabend Morgen eine und kurz darauf 9 weitere Explosionen statt. Der lebtesten und stärksten unter denselben folgten starke Ausströmungen schwefiger Gase, zugleich vernahm man ein zischendes Geräusch und einen dumpfen, rollenden Ton, wie bei einem Eisenbahngange in einiger Entfernung. Auf diese Vorwarnisse hin, die es klar feststellen, daß Feuer und Gas in der Grube noch fortwährend in Kontakt kommen, ist von der Behörde der Hauptschacht geschlossen worden. Manche rührende Geschichten werden von den Männern erzählt, die die Leichen auffanden. In einem Falle trafen sie auf 20—30 Tote, die einander in die Arme geschlossen hatten. Aus ihrer Haltung erfah man bei anderen, daß sie der Tod überrascht hatte, während sie einander Lebewohl sagten. Wieder bei Anderen zeigten die gebogenen steifen Knie und die erhobenen kalten Hände, daß ihre letzte Handlung ein Gebet war. Der Held des Tages ist natürlich der so wunderbar Gerettete Samuel Brown. Er ist wieder hergestellt, darf aber noch nicht das Haus verlassen, um sich nicht durch Aufregung üble Folgen zuzuziehen. Zehn Personen sind außerdem noch unter ärztlicher Behandlung und nur einige lassen Hoffnung auf Wiederherstellung. Es wird voraussichtlich Monate dauern bis die Grube wieder befahren werden kann. Wie der Telegraph meldet, sind auch wieder im Laufe der Nacht Explosionen vorgekommen und man glaubt, das Unterwasserfeuer der Grube wird das einzige Mittel sein, dem Feuer Einhalt zu thun. Gestern wurden in Barnsley 27 und in Adlesthorpe 21 Leichen beerdig. An letztem Orte wurden die Särge alle in einem großen Gewölbe, einzeln mit Mauerwerk umgeben, beigesetzt. 160 Wittwen und 330 Kinder haben ihre Ernährer verloren.

Neben der anderen Explosion in Staffordshire, bei welcher nach den neuesten Berichten 85 Menschen umkamen, wird aus Little Hulton in Lancashire gemeldet, daß dort das schlagende Wetter ebenfalls 5 Opfer gefordert hat.

London, 18. Dezember. „Die Washingtoner Regierung lädt den Papst nach Amerika ein, wo er unabhängiger sein wird, als in Europa. Eine amerikanische Fregatte ist in Civita-Bechia, eine andere wird erwartet. Maximilian ist ein Gefangener.“ So wird der „Times“ kurzweg aus Berlin telegraphiert; ein seltsamer Umweg für amerikanische Nachrichten.

Existenz beraubt, noch gefährlicher werden müssen, weil ein großer Theil der Bauern aus Gewohnheit und angeerbter Pietät zum Adel stehen würde. Hierzu kam noch ein Nebelstand, der auf Seiten der Agitation viel wog. Es hatte nämlich kurz vor seinem Hingange der Kaiser Nikolaus, da er sich zum Kampf auf Tod und Leben gegen die Gegner im Krimkriege rüsten wollte, das Volksbewaffnungsgesetz erlassen und drei hundert achtzig Tausend Mann Druschen — Landwehr — unter die Waffen gerufen. Diese Leute waren zwar nicht mehr im Kriege zur Verwendung gekommen, hatten aber doch den Soldatenrock angezogen. Sie waren Leibeigene, da aber nach einem alten Grundgesetz der Leibeigene von dem Augenblick ab, wo er Soldatenuniform anzieht, frei ist, betrachteten sich diese Druschen nunmehr als Freie und nicht mehr als Leibeigene. Von dem Augenblicke an, wo ihre Auflösung ausgeprochen worden, hatten sie sich in einer Art Zwitterverhältniß befinden; da sie nicht als Freie betrachtet werden könnten und Leibeigene nicht mehr sein wollten, hatten sie viele Schwierigkeiten bereitet, und schienen also auch ganz geeignet, von dieser oder jener Partei mit Leichtigkeit gegen die Regierung gewonnen und benutzt zu werden. So schien für die Agitation alles günstig und an Vorbereitungen hatte es nicht gefehlt.

In der Nacht vom 18. zum 19. Januar 1861 hing ein trüber, düsterer Himmel über Petersburg und weiterhin über Russland, vielleicht über Europa. In den Cabachen und gewöhnlichen Kneipen wimmelt es von Dienstleuten — Leibeigenen — aller Art und in jubelndem Lärm feierte das getäuschte Volk die Freiheitserklärung. Gedruckte Exemplare der Freiheitsproklamationen wurden zahlreich verteilt und gelesen. Niemand ahnte und wußte von der Sache etwas, außer den Eingeweihten, die gewiß mit Spannung und frohen Hoffnungen den Morgen erwartet und schon im Geiste den Donner der Kanonen der Revolution gehört haben mögen. Der Morgen erschien, der Morgen des 19. Januar 1861, und mit ihm die ächten Proklamationen; die wirkliche, vom Kaiser unterzeichnete Freiheitserklärung wurde verkündet in den Straßen und in den Kirchen, und die Telegraphendrähte trugen die Sache hinaus in die Departements und brachten Freiheit und Freude. Kaiser Alexander II. hatte mit einem Federstrich 23 Millionen Slaven zu Menschen gemacht. Von den Hunderttausenden, die am 19. Januar in den Kirchen, auf den Plätzen, besonders um das Kaiserschloß krierten und dankten die Hände zum Himmel erhoben, wußte keiner und wußte es auch wohl heute viele noch nicht, daß sie aus einer Mystifikation so plötzlich zur Wirklichkeit übergeführt worden, und daß ihr Kaiser noch in der Nacht die Kommission berufen und mit ihr das Werk zu Ende geführt hatte.

Admiral Tegetthoff, der Sieger von Lissa, befindet sich gegenwärtig in London.

Frankreich.

Paris, 18. Dez. Da General v. Montebello aus Rom und General Fleury aus Florenz sich seit gestern auf dem Rückwege nach Frankreich befinden, so gilt dies als ein Anzeichen, daß die Kaiserin ihre Römersfahrt aufgegeben habe.

— Gestern Abend und selbst heute Morgen jagten einander die tollsten Gerüchte über das Schicksal Maximilians, das, Dank den dummen An deutungen der „France“, wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Selbst in den Bureau des genannten Blattes wußte man nichts, als ein Echo der Berliner Timesbesche, welche mit latonischer Kürze meldet: „Maximilian is a prisoner.“ Aber wissen Gefangener? und wo? darüber wußte Niemand authentische Auskunft zu geben. Natürlich war die Antwort schnell bei der Hand, daß Marschall Bazaine den Erben Montezumas unter Schloss und Siegel halte, aber Niemand wollte die Bürgschaft für diese Version übernehmen, die noch dadurch er schwert wurde, daß man vom Vorhanden sein einer zweiten mexikanischen Deputie auf die Regierung sprach, die einfach gemeldet habe, Maximilian sei gar nicht nach der Hauptstadt zurückgereist, sondern ruhig in Orizaba geblieben, wo ihn aber Marschall Bazaine festalte. Die eine dieser Auslegungen ist so unbeglaublich, als die andere, welche wissen will, es hätten sich beim Kaiser von Mexiko Spuren von Geistesverwirrung gezeigt, oder gar der Bruder des Kaisers von Destreich habe sich in einem Augenblicke höchster Verzweiflung eine Kugel durch den Kopf ge jagt. Alle diese verchiedenen Angaben aber haben Kours, geben von Mund zu Mund und verbreiten sich, wie alle unwahren Gerüchte, mit unbegreiflicher Schnelligkeit nach allen Seiten hin. Überlässiger sind die folgenden Mitteilungen über ein kriegerisches Ereignis in der Sonora, welches unter dem Datum des 12. Novbr. in offizieller Weise hierher gemeldet worden.

In jener Provinz hatte zwischen den Truppen des Generals Pasqueira, der sich längst für Ortega erklärte, und denen von Palacios, des von Juarez ernannten Gouverneurs der Sonora, ein lebhafter Kampf stattgefunden, in welchem Palacios den Kürzeren gezogen. Der juaristische General hatte sich darauf nach beträchtlichen Verlusten nach der Stadt Guaymas zurückgezogen. Während man an offiziöser Stelle nur Günftiges über die Gefundenheit des Kaisers verlauten läßt und darauf hinweist, daß er heute Morgen vor dem Dejeuner im Tuillierengarten eine 1½ stündige Promenade gemacht habe, wollen Andere, vielleicht minder Autoritate, wissen, daß sich seit jener Revue im Bois de Boulogne gewisse neue Krankheitsscheinungen bei Napoleon III. fund gegeben hätten. Unter Anderem spricht man von einer Astergeschwulst (tumeur dans le rectum), welche durch stark hervortretende Hämorrhoidalbeschwerden vermehrt, täglich den Gebrauch stark wirkender Abführmittel nötig mache und den Patienten sonach sehr schwäche. Ich freilich möchte in keiner Weise für die Richtigkeit dieses Kranken-Bulletins einstehen, das aber in Kreisen cirkulirt, deren enge Verbindung mit dem Palais Royal eine offen eingestandene ist. (Köln. Stg.)

Belgien.

Brüssel, 20. Dezember. Ein königl. Dekret ernennt auf einen Bericht des Kriegsministers eine Kommission von 28 Mitgliedern, welche die bestehende militärische Organisation im Hinblick auf die Vertheidigung des Landes prüfen soll.

Italien.

Rom, 14. Dezember. Die vollkommene Ruhe der Stadt täuscht alle diejenigen, welche gleich nach dem Abzuge der Franzosen den Ausbruch von Unruhen entweder gefürchtet oder erhofft haben. Es sind nur erst drei Tage vergangen, und bereits erscheinen die Franzosen gründlich vergessen; bereits haben wir uns an eine Thatsache, welche man bis zum letzten Augenblick bezweifelte, so sehr gewöhnt, daß sie zu einem selbstverständlichen Zustande wird. Die Positionen, die von den französischen Truppen besetzt waren, sind jetzt von Zuaven, Antabiner (deren Hauptwache im Palast Cimarra ai Monti ist), Karabinieri und Jägern des Papstes besetzt; und dies ist in der That die einzige Veränderung, welche bis heute mit Rom vor sich ging. Das Municipium auf dem Kapitol ist, was es bisher war, ein administrativer Rath ohne politische Rechte, und nichts von dem ist bis heute versucht worden, was die Schrift Stefano Porcaris angedeutet hat.

Doch sind eben erst 3 Tage seit dem 11. Dezember hingegangen, und Niemand weiß, was sich weiterhin in den Provinzen oder in der Stadt entwickeln wird. In der päpstlichen Armee herrscht Misströmung und Eifersucht. Die Italiener hassen die Zuaven, welchen die hohe Ehre widerfuhr, daß sie die Franzosen in der Engelsburg ablösen durften. Diese Auszeichnung ist groß, aber sie hat ihre guten Gründe; denn einmal sind die Zuaven zuverlässiger als andere Truppen, und dann war man ihnen dies solenne Vertrauensvotum schuldig, weil sie allein den freiwilligen Suikus der katholischen Christenheit für den bedrängten Papst, und in

Das Volk war also für die Agitation versoren, da auch die in mehreren Gouvernementen wirklich ausgebrochenen Unruhen bald unterdrückt und die Rädelsführer beseitigt worden; man richtete nun seine ganze Aufmerksamkeit auf den Adel. Dieser war im ersten Augenblick allerdings wie vernichtet, und da ihm seine Lage noch greller erschien, als sie es wirklich war und von jener Seite noch eifrig geschürt wurde, so fing derselbe auch bereits an, schwierig zu werden, und wer weiß, wie die Sachen noch sich gestaltet haben würden, wenn nicht ein anderes Ereignis eingetreten wäre, — die Vorfälle in Warschau.

Wie die Sachen dort sich entwickelt und ganz unerwartet, der nationalen Revolutionspartei unbekannt, eine andere Partei in Aktion trat, und wie die nationale Partei sich, bevor noch ihre Pläne zur Reife gediehen, auf den Schauspiel und zur Thätigkeit gedrängt sah, gehört nicht hierher. Es soll hier nur bemerket werden, daß, sowie die Kunde von den zu Warschau erfolgten Märzereignissen und dem Ausbruch der Revolution nach Petersburg gelangt war, sofort alle anderen Interessen schwiegen.

Der Russe, vom niedrigsten bis zum höchsten, ist zuerst Russe, und als solcher steht ihm sein Kaiser und das Vaterland allen persönlichen Interessen voran. So schaute sich auch der Adel, als er die drohende Gefahr vernommen, um den Thron. Die Kämpfe in Polen begannen, und während die Revolution dort sich bewegte und die Aufmerksamkeit der Russen beschäftigte, wurden die Angelegenheiten in Russland mit einer Schnelligkeit und in einer Weise geordnet, die nichts zu wünschen übrig ließ, und als die Revolution in Polen niedergeworfen war, gingen die gutsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse bereits in einem normalen Gleise und so ruhig, als ob diese Zustände schon Jahrzehnte lang gedauert hätten. Die Sachen sind vollständig geordnet. Und wenn auch von den Bauern manche sich in die neuen Verhältnisse nicht finden können und in der Knechtschaft bei faulem und läderlichem Leben sich behaglicher fühlen, als jetzt, wo sie für sich selbst sorgen und daher umsichtiger und thätiger sein müssen, — so zeigen doch die emporblühenden Gemeinden, daß Menschen jetzt da leben, wo früher Sklaven vegetierten. Auch der Kern des Adels fühlt sich moralisch gehoben und strebt, durch Intelligenz und erhöhte Thätigkeit sich auch materiell auf einen Standpunkt zu schwingen, wo er eine wirkliche Bedeutung erlangen und glücklicher leben wird, als da er nichts kannte und nichts wußte, als sich von seinen Sklaven füttern zu lassen. Der Segen der freien Arbeit ist bereits überall sichtbar. Viele sind leider auch untergegangen oder gehen unter, weil sie eine moralische Selbstständigkeit nicht erstreben und lieber in ihrer Thierheit verderben wollen.

dieser wiederum die am meisten katholische, ja kreuzritterliche Partei repräsentieren.

Donau für stent hüm er.

Bukarest, 20. Dezember. Lascar Catargiu, das Mitglied der früheren provisorischen Regierung, ist zum Präsidenten der legislativen Versammlung erwählt worden.

Bom Landtage.

Herrenhaus.

(15. Sitzung vom 20. Dezember.)

Eröffnung 12 Uhr 20 Minuten. Die Tribünen sind zahlreich besetzt. Am Ministerisch: die Minister Graf Izenplis und Graf zur Lippe, sowie mehrere Regierungskommisare.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Der erste Gegenstand derselben ist der Bericht der VI. Kommission über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Rheinschiffahrts-Abgaben.

Berichterstatter v. Brünneck-Jacobau dankt der Staatsregierung, daß diese den vorliegenden Gegenstand bei den Friedensverhandlungen im Auge gehabt.

Dann wird der Gesetzentwurf ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der XIII. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Bauten in Städten und Dörfern. Berichterstatter Dr. Elwanger verzichtet auf das Wort.

Der Präsident empfiehlt von der Spezialdiskussion Abstand zu nehmen. Das Haus erhebt keinen Widerspruch.

Graf Brühl kritisiert das Gesetz in Bezug auf die Dörfer, auf welche es nicht passe. Das Gesetz passe nur für Städte, es sei für das Land noch nicht reif und er beantragt, dasselbe pure abzulehnen.

Graf Eulenburg stellt den Antrag: S. 1 hinter S. 7. zu setzen und als S. 1 zu lesen: „die Gemeindebehörde ist befugt, wenn es das allgemeine Interesse fordert, die Genehmigung zum Bau davon abhängig zu machen, daß der Baumeister die Pflasterung der Straßen auf eigene Kosten ausführen muß.“

Dr. Hasselbach beantragt, jetzt eine General-Diskussion zu eröffnen. Der Präsident hat nichts dagegen zu erinnern, Herr von Waldow-Stehns-Höfel: Nach den Erklärungen des Grafen Brühl habe ich nichts mehr anzuführen. Das Gesetz scheint nur für Städte gemacht zu sein: soll es auf dem platten Lande Anwendung finden, wird es überall auf Widerspruch stoßen. Ich beantrage deshalb in dem Eingange die Worte: „und Dörfern“, sowie später immer die Stellen, wo auf Dörfern Bezug genommen wird, zu streichen. — Herr Hasselbach: Diese Auffassung des Gesetzes ist eine vollständig mißverstandene. Das Gesetz hat keinen anderen Zweck als den: wenn das Bedürfnis vorliegt, ein unbesbautes Terrain zu bebauen, so soll das nach bestimmten Plänen und Prinzipien geschehen, und deshalb kann es nicht bloß auf Städte, sondern auch auf Dörfer, namentlich auf solche, welche in der Nähe der Städte gelegen sind, Anwendung finden. Ich erinnere daran, daß viele Dörfer schon mit der Zeit zu Städten umgewandelt worden sind, z. B. Grabow bei Stettin. Die Tendenz des Gesetzes geht dahin: 1. eine regelmäßige und planmäßige Bauart mit bequemen breiten Straßen bei der Anlage neuer Stadttheile zu erzielen, 2. die Kommunen zu schützen gegen die Gaunereien der Spekulation. Im Interesse der Kommune und der in ihrer Nähe belegenen Dörfer bitte ich deshalb, den Entwurf zu zustimmen. Das Gesetz bietet gleichzeitig einen Schutz gegen die unbeschränkte Polizeigewalt, und ich kann mich nicht der Minorität der Kommission daran anschließen, daß Selbstauvernement so weit auszudehnen, daß man diese Angelegenheit den Gemeinden nicht ausschließlich in die Hände geben darf.“

(Schluß folgt.)

Haus der Abgeordneten.

(47. Sitzung vom 19. Dezember.)

Am Ministerisch: der Ministerpräsident Graf Bismarck und die Minister Freiherr v. d. Heydt, Graf Izenplis, Graf zu Eulenburg und v. Selchow, so wie mehrere Regierungskommisare.

Die Tribünen sind sehr zahlreich besetzt, auch die Plätze im Hause zahlreicher als in den letzten Sitzungen. Schon vor Beginn der Sitzung war Graf Bismarck im Saale erschienen, unterhielt sich längere Zeit mit den Abg. Freiherrn v. Vincke (Hagen) und Grafen Schwerin, begrüßte ferner mit Händedruck den Vizepräsidenten Stavenhagen, begab sich sodann in die Mitte der Konservativen und ging erst mit dem Beichen der Glocke auf seinen Platz.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der Handelsminister

Graf Izenplis: Mein Herr! Ich erlaube mir, in Allerböchstes Anfrage zwei Entwürfe vorzulegen. Der erste betrifft den Bau einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig. Der Vertrag zum Bau derselben ist mit der Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahn abgeschlossen und legt ich Ihnen denselben zur Genehmigung vor. Es handelt sich um eine Binsgarantie von 3½ p.c. — Der zweite Entwurf betrifft eine Anleihe zu Eisenbahnzwecken. Ich will die Punkte, welche in Aussicht genommen sind, kurz anführen: 1) ein zweites Gleise auf der Ostbahn, 2) ein zweites Gleise auf der Strecke Altenbergen-Saest, 3) ein drittes Gleise auf der Saarbrücker Bahn, 4) eine kurze Strecke Bahn von Saarbrücken nach Saargemünd, 5) eine kurze Strecke auf der schlesischen Gebirgsbahn von Waldenburg nach Freiburg, 6) Erweiterung der Bahnhöfe in Frankfurt, Görlitz, Breslau und Posen, 7) die Ringbahn um Berlin, welche künftig auch eine Personen-Verbindungsbahn sein wird; der Ankauf von Grundstücken ist notwendig und eilig, 8) die Verlegung der Verbindungsbahnen bei Breslau, und endlich die Vermehrung der Betriebsmittel. Dies soll Alles, so weit die bereiten Mittel nicht reichen, durch eine Anleihe gedeckt werden.

Die beiden Vorlagen geben an die vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und Finanzen und Böle. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, den Bericht der 13. Kommission, betreffend die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit der preußischen Monarchie. Die Kommission empfiehlt Annahme des Gesetzentwurfs.

Referent Abg. Kannegießer empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages: Wir verstehen den Rechtsinn und die Treue des tapferen anglo-sächsischen Stammes, welcher an den Traditionen festhält und sich in den Kommissionen vorgelegenen Petitionen ausgesprochen hat; aber als politische Männer müssen wir den Verhältnissen Rechnung tragen; über das Frühjahr ist die Geschichte hinweggegangen. Ein Augustenburger hat niemals über Schleswig-Holstein als unabhängiger Fürst gerichtet. Im Interesse Deutschlands empfiehlt ich Ihnen die Annahme des Kommissionsantrages.

Der Präsident eröffnet nunmehr die Generaldiskussion. Es sind drei Änderungsvorläufe zu dem Kommissionsvorschlag von den Abg. Becker, Schulze (Berlin) und Groote eingegangen. Die beiden ersten sind genügend untersetzt, die letzte findet keine ausreichende Unterstützung. Die Feststellung der Rednerliste ergibt, daß 4 Redner für, 9 gegen die Kommissionsanträge eingeschrieben sind.

Der erste Redner ist der Abg. Groote, der seinen Antrag befürwortet. Er ist gegen den Kommissions-Antrag, nicht als Anhänger der Legitimität, sondern weil er die Annexionspolitik nicht gutheißen kann. Es ist bekannt, daß gerade die Großstaaten der deutschen Einheit entgegen gewiesen sind, und nun wollen wir noch sie stärken und die Kleinstaaten abschaffen? Die Erhaltung der Kleinstaaten gibt dem Reich eine Gliederung, welche für die zukünftige Einheit Deutschlands notwendig ist. Die Einverleibung ist nur möglich in dem Geiste, der Preußen in Bayern treibt, welche notwendig zur Einheit Deutschlands führen müssen. Ich will das Eroberungsrecht belegen und mit ihm seine Konsequenzen von der allerbedenklichsten politischen Tragweite. Krieg ist Anwendung von Gewalt zur Herstellung gerechter Ansprüche, und nur um diese Rechte herzustellen, darf Krieg geführt werden. Redner spricht dann noch weiter über das Völkerrecht, über psychologische Wirkungen, geht auf die Stimmung der nicht beteiligten Völker in Europa, den vorgegangenen Veränderungen gegenüber, ein (von der rechten Seite lassen sich wiederholte ironische Bravo's vernehmen). Nun, meine Herren, wenn Sie mich nicht anhören wollen, so gehen Sie doch in die Restauration; Sie werden dort Ihren Zweck, der Sie hierher geführt hat, vollständig erreichen; Sie finden dort eine starke Mäßigung, verbrämt mit holsteiner Ausfern! (Heiterkeit.) Früher kannten wir einen Dualismus, jetzt arbeiten wir an einer Dreiteilung, jener preußischen Schöpfung, die wir heut wieder stärken sollen. Das spezifische Preußen will ich auf Kosten Deutschlands nicht vergrößern! ich kann diesen Frevel an Deutschland nicht begehen,

und ich bitte einen Jeden, der noch ein Herz für Deutschland hat, mit mir gegen den Kommissionsantrag zu stimmen.

Abg. Westen: Des Vorredners Argumentation ging darauf, daß, weil das Ganze nicht erreicht werden kann, der Theil abzulehnen ist. Rom ist auch nicht an einem Tage gebaut. Einem künftigen Deutschland kann man Alles bewilligen, hier aber handelt es sich nicht um die Einheit Deutschlands. In meinen Augen ist Preußen nicht mehr ein deutscher Staat, sondern der deutsche Staat. Die kleinen Staaten aber verdienen nicht mehr den Namen eines Staates. Das Jahr 1863 hat gezeigt, daß sie machtlos, ohne Einfluß auf die Gestaltung Deutschlands waren. Bleibt aber Preußen auf der Bühne der deutschen Geschichte stehen, so ist es nicht die Unterordnung eines Theiles unter das Ganze; was wir fordern müssen und zu fordern berechtigt sind. Einen positiven Rechts-Titel auf die Herzogthümer haben wir nicht, aber wir gründen uns auf das ewige Recht der Zukunft des deutschen Volkes. Die Revolution im Anfang des Jahrhunderts war ein Unrecht, aber eine Notwendigkeit. Das Vorgeben Preußens läßt sich aber rechtfertigen, es war das Ankämpfen für deutsches Recht gegen alte Rechte. Die Schleswig-Holsteiner fühlen sich durch die Einverleibung unterdrückt, das Recht der Eroberung ist aber ein altes Recht, dem man sich unterwirft, wenn muß. Ich kann nicht zugeben, daß die Herzogthümer fester an den Brüdern gebunden waren, als die Hannoveraner und Kurhessen an ihre Fürsten, ich sehe keinen Unterschied. Die Thatsachen dieses Jahres lassen Manches als unhaltbar erkennen, zwingen zum Aufgeben so manches Standpunktes, und auch die konservative Partei darf nicht mehr der Beuthitung Schleswigs an Dänemark das Wort reden. Unrecht kann nicht zum Recht werden; der Herzog von Augustenburg ist belebt; aber man soll ihn nicht lästern, soll den Holsteinern nicht Hohn und Spott entgegenstellen in dem, was sie für Recht halten. Am 19. Februar 1864 war der Herzog mit dem Könige in direkte Verbindung getreten, er hat am 1. Juni mit dem Minister-Präsidenten konfertierte und da unkluge Neuverhandlungen gethan.

Redner skizziert die darauf folgenden Vorgänge in Schleswig-Holstein, z. B. die Drohung, den Erbprinzen beim Befreien ihres Gebiets zu verhaften, ferner die Proklamation des General-Manteufel und die Aufruhrerungen der öffiziösen Presse. Die Bevölkerung verträgt nicht so leicht. Dr. v. Scheel-Plessen, ein so großer Staatsmann, ist jetzt in Misstrau bei den Schleswig-Holsteinern gekommen wegen seiner einstigen Hinneigung zu Dänemark. Die bei Weitem wichtigste Frage ist die Abtreten eines Theiles von Nord-Schleswig an Dänemark. Die Herzogthümer haben ihre Untrennbarkeit von jeher als eine Frage ihrer Ehre und ihres Herzens betrachtet; begreiflicherweise verurteilt daher diese Eventualität große Aufregung. Ich halte diese Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes, wie sie allerdings nun einmal im Frieden mit Ostreich stipuliert ist, keineswegs für glücklich und sie muß in dem übrigen Theile der Herzogthümer um so mehr erbittern, als das übrige Land eben nicht um seinen Willen befragt worden ist. Nur das Eine wird die Regierung jetzt noch unter allen Umständen festhalten müssen, daß nicht Orte aufgeopfert werden, welche als Port und Vorposten der deutschen Sache von jeher gegolten haben. Die Biegung der Grenze, innerhalb welcher die Abstimmung stattfinden wird, hängt ja von der Regierung ab. Im Übrigen meine ich, daß je weniger ich Preußen den Herzogthümern gegenüber auf ein altes Recht berufen kann, je mehr wir zugeben müssen, daß das Verhalten Preußens in den letzten Jahren sehr widersprüchsvoll war, desto mehr ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen und zu handeln, daß die einzige Rechtfertigung eintritt, welche es überbaupt für die Einverleibung gibt, das Recht einer glücklichen, das Gau förderten Zukunft. In andern Ländern mag es Niemand, gegen eine Erweiterung des eigenen Vaterlandes zu sprechen, weil sie nicht mit dem formellen Recht in Einklang steht. Kein Franzose würde im Stande sein, gegen eine Annexion Belgiens an Frankreich Opposition zu machen, obwohl sie ein Unrecht wäre. Ich glaube, dasselbe sollte auch bei uns gelten. Daß die Nation und der Staat sich in Deutschland nicht decken, das hat allerdings viele Seiten des nationalen Geistes gefordert, aber den Staatsmann auf sehr schwierige Weise geschwächt. Man glaubt ein guter Patriot sein und doch selbst den Verlust und die Schwächung des eigenen Staates zugeben zu können. Ich frage diejenigen, welche noch jetzt gegen die Annexion ohne einen positiven Rechts-Titel sprechen: können Sie wirklich wollen, daß noch jetzt, nach Allem, was geschehen ist, der Herzog von Augustenburg in Schleswig-Holstein oder der König von Hannover in Hannover wieder eingesetzt werden, — und wenn Sie es wollen, glauben Sie, daß je etwas Derartiges getheilt würde? Ich denke, das wird Jeder unmöglich finden! Wollten wir der Annexion unseres Zustimmung versagen, so würde die einzige Folge davon die sein, daß das Provisorium durch eine Personalunion erhalten bliebe; und das würde ich für ein großes Unglück und eine tiefe Schädigung nicht bloß für Preußen und Deutschland, sondern auch für die Herzogthümer halten. Deswegen werde ich auf Gründen der Thatsachen und der waltenden Notwendigkeit mit guten Gründen für die Annexion stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: (Wir geben den nachfolgenden längeren Vortrag mit aller Sorgfalt, ohne jedoch seine volle Authentizität von Wort zu Wort unbedingt zu verbürgen.) Der Herr Abgeordnete stimmt für die Annexion. Ich bedauere, daß über den Zweck hinaus die Abstimmung zu motivieren seine Niede hauptsächlich eine versuchte Beweisführung war, daß die Schleswig-Holsteiner Grundsätze hätten, überlaubung zu werden über Alles, was ihnen von Preußen widerfahren ist. zunächst erlaube ich mir einige unrichtige Thatsachen nochmals zu berichten. Ich erkläre es für positiv falsch, daß der Herzog von Augustenburg jemals die preußischen Februarbedingungen angenommen hat. Wir würden genötigt sein die Briefe, welche darüber vorliegen, wenn diese unwahren Behauptungen ferner aufrecht erhalten werden sollten, vorzulegen, obwohl sie ursprünglich nicht dazu bestimmt waren. Er hat sie stets nur so angenommen, daß er sich eine Hintertür offen gehalten; er hat in uns die Überzeugung geweckt, daß die ständische Zustimmung zu denselben nicht werde gefügt werden, daß er von einzelnen, und gerade den wichtigsten, vermöge der ständischen Weigerung los zu kommen suchen werde. Bei der bekannten Unterredung muß ich zunächst bestreiten, daß der Prinz in einem gereichten Zustande gewesen ist. Sie dauerte drei Stunden, von 9 Uhr bis Mitternacht, der Prinz verabschiedete sich von mir in vollkommen freundlicher Beziehung und sagte, er werde sich die Sache in Döllig überlegen und von dort aus schreiben. Ich muß einer solchen Vermutung schon in meinem persönlichen Interesse wider sprechen. Ich habe nicht die Gewohnheit in meinem eigenen Hause und unter vier Augen unhöflich zu sein und glaube mich bei politischen Verhandlungen so zu benehmen, daß man nicht in einen gereizten Zustand kommt. Hätte ich gewußt, daß diese Details heute auf der Tribune vorgebracht würden, so hätte ich mich aus dem Alten vergewissert, wie sie damals lagen. Ich kann nicht Alles behalten, was in drei Jahren geschieht, aber dessen erinnere ich mich ganz genau, daß die Forderungen, welche ich dem Prinzen jemals in Aussicht stellte, hinter den Februarbedingungen sehr weit zurückstanden. Es handelte sich um ein Hafengebiet und die Feststellung der Endpunkte des Nordostsee-Kanals. Die militärischen Besitzungen konnten zwischen uns gar nicht genau diskutiert werden und in anderen waren unsere Ansprüche damals viel gemäßigter als später in den Februar-Bedingungen. Ich glaube verächtlich zu sein, daß ich mich dem entsprechend geäußert habe. Ich erinnere mich, daß ich von dem Hafengebiet sprach, der Prinz darauf hinwies, daß könnte sich ja gar um Quadratmeilen handeln. Sie können daraus den Maßstab dessen entnehmen, was er zu bewilligen bereit war. Daß ich in früheren Zeiten zu irgend Jemand gesagt habe soll, ich sage die Personal-Union der Einigung der Familie Augustenburg vor, muß ich stark bekräftigen. Natürlich kann ich nicht jedes Wort im Gedächtnis behalten, was ich zu den vielen Hunderten von Deputationen gesprochen habe, die ich gehabt habe. Dieses aber kann ich nicht gesagt haben, weil es niemals meine Meinung war, und warum sollte ich gerade die Leute, die Gegenheit meiner Meinung sagen! Ich habe stets an dem Klimax festgehalten, daß die Personal-Union besser ist als der bestehende Zustand, daß ein selbstständiger Fürst besser ist als die Personal-Union, und daß die Vereinigung mit dem preußischen Staate besser ist, als ein selbstständiger Fürst! (Bravo! Heiterkeit.) Welches davon das Erreichbare war, das konnten allein die Ereignisse lehren. Wäre danach Personalunion das Maximum gewesen, so hätte ich mich vor der Hand bei der damaligen Lage der Dinge im Interesse Deutschlands nicht für berechtigt und berufen gehalten, diese Abschlagszahlung nicht anzunehmen. Aber es ist ja nicht zweifelhaft, daß im ganzen Laufe des Jahres 1864, wenn irgend eine annehmbare Verständigung mit dem Prinzen von Augustenburg nicht zu erreichen gewesen ist, indem der Prinz die Bedingungen, die Seine Majestät und Seiner Majestät Minister allein für annehmbar hielt, nicht eingegangen ist. Aber ich gehe noch weiter, wenn wir einmal auf Persönlichkeiten kommen. Im vorigen Jahre kurz vor den Gasten Verhandlungen habe ich den bayerischen Minister v. Pfordten gebeten, seine Vermittelung dahn eingetreten zu lassen, daß zur Verhütung eines

Konfliktes, der ganz Deutschland ergreifen könnte, Unterhandlungen geführt würden, durch welche der Prinz von Augustenburg bewogen würde, einen für Preußen annehmbaren Frieden mit Sr. Majestät zu machen, wobei ich erklärt habe, daß ich vom Prinzen zu diesem Beweise am Hofe eine günstige Aufnahme vermittelte würde, wenn sich der Prinz dorthin begeben wolle. Der bairische Minister war sehr bereitwillig, diese Vermittelung zu übernehmen, er hat den Prinzen — ob auch an dessen Nähe, weiß ich nicht — gewandt, bat jedoch einige Wochen gar keine und später eine kühle und ablehnende Antwort erhalten. (Heiterkeit.) Hierfür habe ich Zeugen. Wenn ferner behauptet werden ist, daß sich in irgend einer Beziehung ein Unterschied in dem Eroberungsverhältnis von Schleswig-Holstein und dem von Hannover aufzuzeigen ließe, so ist dies nur so zu acceptiren, daß unser Eroberungsrecht an den Herzogthümern jedenfalls ein noch stärkeres ist, es ist ein doppeltes! Wir haben sie zuerst den Dänen abgenommen und dann dem mit unsern kriegerischen Feinden verbündeten Prinzen. Nehmen Sie an, der Prinz wäre jetzt legitimierter Regent gewesen, so ist er ebenso sehr der Bundesgenosse unserer kriegerischen Gegner gewesen, als der König von Hannover oder der Kurfürst von Hessen. (Sehr richtig!)

Er ist aber mit mehr Besonnenheit, mehr Berechnung und weniger Offenheit gewesen. Wäre unter Vorbereitung in der Mitte Juni d. J. weniger schnell erfolgt, so würden wir es erlebt haben, daß auf der Basis des Bundesbeschlusses vom 14. Juni er sich in Hannover, an dem Krysalisationspunkt des Gablenzischen Korps, hannoversche und augustenburgische Truppen im Felde befinden hätten, um eine Diversion gegen Berlin zu machen. Ich bedaure daß der Herr Vorredner von der Höhe der politischen Auffassung, die ihn kennzeichnet, herabgestiegen ist, um Persönlichkeiten auf der Tribune in diesem Augenblick vor die Öffentlichkeit zu bringen. Ich kenne nicht die einzelnen untergeordneten Persönlichkeiten in der Verwaltung von Schleswig-Holstein, habe in diesem Augenblick auch nicht die Zeit dazu, mich darum zu kümmern. Ich muß mein volles Vertrauen auf den Baron v. Scheel-Plessen legen, und er gerichtet es im vollen Maße. Er ist der erste Schleswig-Holsteiner, der schon im Jahre 1864 in Schönbrunn mir den festen Entschluß aussprach, für nichts Anderes als für den Anschluß an Preußen zu wirken, und die Verdächtigung, daß er dänischen Interessen diene, ist eine, die er nicht verdient und die ich auf das Bestimmteste zurückweise. Ich habe auf seine Freiheit ebenso fest wie auf die irgend eines andern Dieners Sr. Majestät des Königs. (Beifall rechts.) Daß die königliche Staatsregierung ihn mit einer gewissen Freiheit schalten lassen muß, daß ein so schneidiger und entschiedener Charakter, wie der des Herrn von Plessen sich viele Jahre lang im Kampfe für sein Land gegen Dänemark bewährt hat, seine unbedeutende, seine rauhe Seite hat, die indessen mitunter ihn über das Ziel hinausgeschleift, darf keinem Zweck verleihet werden, daß man deshalb die höchsten Beamten und gleich ganze Städte wechselt. (Beifall rechts.) Die Möglichkeit der Abtreten eines Theiles von Nordschleswig hat der Herr Vorredner wie die ganze Weltlage aus dem schleswig-holsteinischen Gesichtspunkt ausdrücklich aufgefaßt. So können wir die Frage nicht beurtheilen. Wären wir mit Schleswig-Holstein und Dänemark allein auf der Welt, so würde ein solcher Friedensparagraph nicht existieren. (Heiterkeit.) Ich muß schon gegen meine Gewohnheit etwas weiter ausholen, um die Gründe klar zu legen, welche die Regierung bestimmt, einen dem öffentlichen Gefühl widerstrebenden Artikel in den Frieden aufzunehmen.

Das große europäische Defensiv-System gegen Frankreich, das vom Jahre 1815—1840 bestand, gewährte seinen Theinhern Sicherheit, aber, wenigstens für Preußen eine abhängige Sicherheit. So lange Preußen ihm angehört, mußte es auch den unglücklichen Zuschnitt, der ihm im Jahre 1815 gegeben wurde, ertragen, je daß es von seinen eigenen Angehörigen im Allgemeinen als hilfsbedürftig gegen Frankreich angesehen und diese angebliche Hilfsbedürftigkeit zur Basis der Spekulation auf unsere Nachgiebigkeit gegen unerwünschte Forderungen gemacht wurde. Diese Spekulation ist in den letzten Jahrzehnten namentlich von Ostreich und von einem Theile unserer deutschen Bundesgenossen sehr weit getrieben worden. War sie eine berechtigte fragt man sich. Die Interessen Preußens tragen an und für sich nichts in sich, was uns nicht den Frieden und ein friedlich nachbarliches Verhältnis voll Vertrauen zu Frankreich wünschen würde, wir haben bei einem Kriege mit Frankreich, selbst bei einem siegreichen, nichts zu gewinnen. Der Kaiser Napoleon, im Widerpruch zu früheren französischen Dynastien, hat in seiner Weisheit erkannt, daß Frieden und gegenseitiges Vertrauen im Interesse beider Nationen liege, daß sie berufen seien, als gute Nachbarn die Bahn des Fortschritts in Wohlfahrt und Gestaltung neben einander zu wandeln. In wie weit diese seine Überzeugung von seinen Untertanen und Landsleuten überwiegend getheilt wird, steht mir nicht zu, zu urtheilen; ich habe nur mit der französischen Regierung in der Politik zu rechnen. Ein solches Nebeneinandergehen aber bedingt eine wohlwollende Schonung der gegenseitigen Interessen. Welches sind nun im großen Ganzen, ohne den Stoff vorübergehender Ereignisse in Ansatz zu bringen, der darin eine Änderung bewirken kann, die Interessen Frankreichs in Bezug auf Deutschland? Betrachten wir sie ganz ohne deutsches Vorurthe

Gewicht zu accentuiren. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern, sie ist bekannt genug, und Niemand hat Preußen zumuthen wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen oder in dem Momente, wo es einen führte, und seine Früchte noch nicht gesichert hatte, seine Beziehung zu andern Mächten zu kompromittieren. In dieser Lage wurde Frankreich von Ostreich zum Vermittler der Streitigkeiten berufen, also vollkommen legitim durch einen der streitenden Theile berufen, seine Meinung geltend zu machen. Daß Frankreich die Erfordernisse seiner Politik berücksichtigte, kann ihm Niemand verdenken; inwieweit sie es mit Mäßigkeit berücksichtigt hat, darüber, glaube ich, ist es für das Publikum noch zu früh zu urtheilen und ich möchte Sie bitten, dies der Apyreciation der Regierung zu überlassen. An uns trat die Frage heran, nicht ob wir es den Wünschen der Schleswig-Holsteiner entsprechend hielten, sondern ob wir in dieser europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Gejähmtheit dessen, was uns von Ostreich durch französische Vermittelung und, wie ich vermuthe auf Grund französischer Reaktion geboten wurde, annehmen oder ablehnen sollten. Die Materialien zur Entschließung waren nicht eben in der wünschenswerthen Gegenwärtigkeit, unsere Kommunikationen waren wesentlich unterbrochen, Telegramme brauchten 3, mitunter 6 Tage, bevor sie aus den europäischen Residenzen ins Hauptquartier gelangten. Die königl. Staatsregierung konnte die Motive für ihre Entschließungen nur in der allgemeinen europäischen Lage und der augenblicklichen Stimmung finden. Eine starke Ablehnung hatten wir an der unerhörterlichen Vertragstreue Staffens, die ich nicht genug rühmen und deren Werth ich nicht hoch genug anschlagen kann (hört! hört!); die italienische Regierung hat der Verfassung, sich durch ein Geschenk des gemeinschaftlichen Feindes Ostreich sich von dem Bündnis abziehen zu lassen, mit großer Entscheidung widerstanden (hört! hört!), und wir haben darum gegründete Hoffnungen an die zukünftigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien geknüpft, (hört! hört!) lauter Zuruf von verschiedenen Seiten des Hauses) auch außerhalb des Schlachtfeldes. Dennoch war unsere Überzeugung, daß wir den Vogen nicht zu hoch spannen dürften, daß es nicht angemessen sei durch Verwerfung der Einzelheiten, durch Diskussionen die Gemeinschaften wieder in Frage zu stellen und ihre vollständige Sicherung vielleicht von weiteren europäischen Komplikationen abhängig zu machen. Es ist sehr schwer von Hause aus zu übersehen und zu ermessen, wie weit eine Diskussion führt, die oft von einem kleinen Anfang zu einer Differenz anwächst. Ich selbst habe Se. Majestät unumwunden dazu gerathen, wenn die Sachen vor uns gelegt würden à prendre et à laisser zuzuschlagen und zu nehmen, nicht wie ein wagehaliger Spieler das Ganze nochmals aufs Spiel zu setzen. (Zustimmung rechts.) Diesen Verhältnissen, m. H., verdankt diese Klausel in dem Vertrage ihre Entstehung. Die vage Fassung, die sie erhalten, läßt uns eine gewisse Latitude der Ausführung; ich halte aber für nötig, anzuführen, daß, wenn wir auch der Aenderung der Kommission nicht widersprechen, wir uns doch unmöglich durch die Beschlüsse des Landtags von Verpflichtungen entbinden lassen können, die wir eingegangen sind, sondern wir müssen sie halten, aber wir werden sie so zur Ausführung bringen, daß über die Abstimmung, auf deren Grund wir verfahren, über deren Freiwilligkeit und Unabhängigkeit, über den durch sie kundgegebenen definitiven Willen kein Zweifel mehr bleiben kann.

Ich weiß nicht, ob die Diskussion weiter fortgeführt wird, oder ein halbiger Schluszantrag bevorsteht. Im ersten Falle möchte ich die Herren bitten, die Diskussion in diesem Moment nicht zur Ablagerung von mehr oder weniger feindseligen Parteiansichten zu benutzen, sondern den Blick nur nach Außen zu richten und die Notwendigkeit im Auge zu behalten, daß wir jetzt Rücken an Rücken stehen, das Gesetz dem Auslande zugezieht, um unsere Interessen gemeinschaftlich zu wahren und zu verteidigen. Es würde mir das um so lieber sein, als ich leider nicht im Stande bin, der Diskussion bis zum Ende beizuhören, sondern um diese Zeit notwendig bei den Verhandlungen der norddeutschen Bevollmächtigten zugegen sein muß. (Lebhafte Beifall.)

Der Schluß der Debatte wird von der rechten Seite beantragt und angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Twisten: Der Herr Ministerpräsident hat mich missverstanden; ich habe nur behauptet, daß er vor dem Beginn des dänischen Krieges die Personalunion mit Dänemark gewollt habe; ferner habe ich nur gesagt, der Herzog von Augustenburg sei nicht auf die Verhandlung weiter eingegangen, weil er überzeugt gewesen sei, daß der Ministerpräsident nicht die Feuerarbeiten, sondern die Anerkennung gewollt habe. Die Abtretung des dänischen Theils von Nordschleswig an Dänemark betrachte auch ich als politische Notwendigkeit, nur ist es mein Wunsch, daß die Regierung dabei auf die rein deutschen Städte, wie Hadersleben, Rücksicht nehmen möge. Wenn nun der Herr Ministerpräsident meinte, es wäre besser, wenn man durch Aussprechen seiner Parteiansehung nicht dem Ausland Stoff gegen uns gebe, so muß ich mich auf das Entscheidene dagegen vertheidigen; ich habe verschiedene Fragen angesetzt, nicht um zu reizen oder die deutsche Politik der Regierung anzuseinden, sondern lediglich nur auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die anders behandelt werden müssen, um die Stimmung der Herzogthümer für uns zu gewinnen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich erwiedere dem Herrn Vorredner, daß ich zu dem Vorwurf der Parteiansehung nicht durch seine Rede, sondern durch die Befürchtung vor der weiteren Niederlage veranlaßt worden bin; dem Herrn Vorredner vielmehr kann ich das Zeugniß geben, daß er stets in seinen Reden das Interesse des Landes über die Parteiansehung gestellt hat. Des Herrn v. Plessen habe ich mich als eines abwesenden Freundes angenommen.

Abg. Kannegießer beläuft die Anerkennungsrede; die Kommission habe in ihrer Mehrheit nicht das Eroberungsrecht, sondern lediglich die deutsch-nationale Interessen als Grund für ihr Votum angesehen.

Abg. Dr. Jacoby: Ich muß die Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten auch auf mich beziehen. Ich kämpfe nicht gegen das Interesse des preußischen Staates, sondern gegen die Zwangsinverleibung, da es nicht im Interesse des Staates liegen kann, Unrecht zu thun.

Ministerpräsident: Ich habe gar nicht gewußt, daß der Herr Vorredner auf der Rednerliste steht.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein) vertheidigt sich wie der Abg. Jacoby. Im wahren Interesse des preußischen Staates müsse er sich gegen die Zwangsinverleibung ohne Rechtsgründe erkläre.

Bei der Spezialdiskussion über §. 1. erhält das Wort Abg. Kantak: Bei dem Hannover u. s. w. betreffenden Anerkennungsgebot enthielten wir uns der Abstimmung; gegen das vorliegende müssen wir stimmen. Bei der früheren Vorlage stellte sich die Regierung auf den nationalen Standpunkt und wir fordern gern die Bildung von Staaten auf solcher Grundlage; aber wir erklären uns gegen Staaten-Konglomerate, deren Bestandtheile gegenüberstehende Interessen haben. Nach dem Herzogthümer ging das Heer zur Befreiung, nicht zur Eroberung. Ein positiver Rechtstitel liegt selbst nach der Kommission nicht vor. Noch viel weniger können wir einen finden. Auf die politischen und praktischen Motive gehen wir um so weniger ein, als wir so viele traurige Erfahrungen mit ihnen gemacht haben, wenn man Recht und Moral dabei vergibt. Der schnelle Schluß der Debatte zeigt, wie schnell Sie darüber hinweggehen wollen. Darum will ich nur noch das Wort eines Mitgliedes dieses Hauses citiren, der nicht auf meiner Seite sitzt und dessen glänzvoller Rede Sie so oft gelauscht: „Die Anerkennungspolitik muß ich aus voller Seele verabscheuen...“ Wer sie macht, veründigt sich am Genius der deutschen Nation.“ Wir werden uns nicht an ihm versündigen und gegen das Gebot stimmen.

Der §. 1. der Kommissionsvorlage wird darauf mit allen Stimmen gegen etwa 30 angenommen (dagegen die Polen, die Katholiken und einige Mitglieder der Fortschrittspartei).

Zu §. 2. vertritt Abg. Dr. Becker sein Ammentum. Am 1. Februar 1864 erließ der Höchstkommandirende in Schleswig-Holstein eine Proklamation, die Preußen waren gekommen, um die Rechte des Landes zu schützen, seine Gelege sollten Gefangenschaft behalten, soweit die Sicherheit des Heeres nicht vorübergehende Ausnahmen verlangen. Seitdem sind die Rechte des Landes nicht nur nicht geschützt, sondern gräßlich verletzt worden. Selbst die verabschenten dänischen Gelege sind wieder zur Anwendung gebracht, die Freiheit der Presse und der Vereine wird auf das Äußerste beeinträchtigt, auch nach Aufbörden des Kriegszustandes, so daß das Gericht entscheiden konnte, Herr v. Plessen braucht keine Macht, um die Einverleibung in Preußen zu hindern und die Personalunion mit Dänemark wünschenswerth erscheinen zu lassen.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Reichensperger (zur Geschäftsausordnung): Der §. 2. der Kommissionsvorlage kann auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung ohne Verleihung der Verfassung nicht erledigt werden. Art. 107. der Verfassung greift hier Platz.

Sobald ein Land in Preußen einverleibt ist, tritt die Verfassung eo ipso in Kraft und alle Rechte der Preußen werden von den Einverleibten getheilt, ohne daß es einer Publikation der Verfassung bedarf. Rechtlosigkeit in Preußen ist undenkbar. Durch die Nichtteilnahme der Verfassung bis zum 1. Oktober 1867 in den einverleibten Staaten wird folglich die eo ipso zu Recht bestehende Verfassung für diejenigen suspendirt, das kann aber nur auf Grund des Art. 107. geschehen. Die Vorlage, da sie eine Verfassungsänderung impliziert, bedarf also zweimaliger Abstimmung, bevor sie an das Herrenhaus gelangen kann. Abg. Graf Schwerin, John (Fabian) und Graf Gulenburg widersprechen. Der letztere bemerkt: da eine Suspensionsregel der ganzen Verfassung überhaupt nicht möglich ist, so wäre nach Reichensperger das ganze Gesetz unmöglich. Ref. Kannegießer. Unser Preisgebet wird keinen besondern Schutz verleihen. Nach großen Ereignissen darf man nicht prüfen, was Recht sei, sondern was wert sei Recht zu werden.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Abg. Simson: Das Citat, welches Abg. Kantak aus einer von mir am 23. März 1866, also vor dem Kriege gehaltenen Rede entnommen hat, lehne ich feierlich von mir ab; der Maßstab der Rechtsgültigkeit vom März 1865 an die heutigen Ereignisse zu legen, heißt nichts weiter, als mich bewegen, eine fixe Idee aufrecht zu erhalten; und das können nur solche Leute, welche die Vorgänge dieses Sommers in einem unzertümbaren Winterschlaf verbracht haben; das kann ich aber nicht und ich werde mit gutem Gewissen für die Anerkennung stimmen, nachdem die Frage eine ganz andere geworden

Abg. Kantak vertheidigt sich gegen den Vorwurf der „fixen Ideen.“

Der Antrag des Abg. Becker wird abgelehnt, dagegen stimmt auch die nationale Fraktion.

§. 2. des Gesetzes wird darauf angenommen, ebenso §. 3.

Es wird der Antrag auf namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz eingebracht, aber nicht hinreichend unterstützt.

Abg. Dunker: Da mir wiederholst durch die Schlus abstimmung das Wort abgezögert worden ist, konnte ich mich gegen eine Neuherierung des Abg. Twisten gegen mich und die Anerkennung des Herrn Ministerpräsidenten gegen die, welche gegen das Gesetz stimmen würden, nicht vernehmen. Ich will deshalb ganz kurz mein negatives Votum motivieren. (Platz auf der rechten Seite: Nein! Nein!)

Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß eine Motivierung seiner Abstimmung jetzt nicht mehr zulässig sei; er könnte dies durch einen Zusatz zum stenographischen Bericht thun.) Redner fährt fort: der Abg. Twisten hat gesagt, es sei eine Schmach, gegen die Vergrößerung des Landes zu stimmen; die schleswig-holsteinsche Frage ist keine Frage dem Auslande gegenüber. (Platz rechts: persönliche Bemerkung) Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.

Es wird darauf über das ganze Gesetz abgestimmt; dasselbe wird angenommen; dagegen stimmen ungefähr 50 (die Polen, Katholiken und einige aus der Fortschrittspartei und dem linken Centrum, u. a. Hagen, Hartkort, Dunker, Clasen-Cappelmann, Grotte, v. d. Straaten, Berger-Solingen).

Präsident v. Forckenbeck erklärt, daß er trotz des Widerworts des Abg. Reichensperger die Abstimmung als eine definitive und das Gesetz für angenommen erklärt.

Finanzminister v. Heydt legt darauf dem Hause die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt für 1859 bis 1861 mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer, und die allgemeinen Rechnungen für 1862–63 vor. — Sie werden der Budget-Kommission überwiesen.

Die in Bezug auf die schleswig-holsteinsche Angelegenheit eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Von den beiden Resolutionen wird die des Abg. Dr. Becker mit namentlicher Abstimmung mit 140 gegen 136 Stimmen abgelehnt (Gneist, Bette, Reichenheim stimmen u. a. mit Nein). Die Polen entfernen sich vor der Abstimmung. Die Resolution der Kommission wird mit großer Majorität angenommen (dafür auch die Altliberalen und einzelne Konervative).

Der zweite Gegenstand der T. O. ist der Bericht der Anerkennungskommission über das Gesetz betreffend die Vereinigung bayerischer und großherzoglich hessischer Gebiete mit der preußischen Monarchie. Das Gesetz wird angenommen, nachdem Abg. Birchow gegen den seit Einbringung derselben erfolgten Antritt von seinem Gebietssprengel zwischen den Staaten protestiert hat; in derselben Weise können Theile Schleswig verhandelt werden. Ein solches Verfahren sei nicht loyal. Als Präzedens für Nordschleswig dürfte das Geschehene nicht dienen. (Ref. Kannegießer.)

Der dritte Gegenstand der Tages-Ordnung ist der mündliche Bericht des Abg. v. Kirchmann über den mit Oldenburg abgeschlossenen Vertrag und die Entschuldigung von einer Million.

Abg. Birchow weist nach, daß die russischen Ansprüche längst erledigt und die Geffision an Oldenburg bis jetzt nicht nachgewiesen. Die Million sollte nur die persönliche Kasse des Großherzogs verstärken. Sein Verdienst war sich als Puppe gegen den Augustenburger brauchen zu lassen.

Abg. Groote (persönlich): Der Abg. Kannegießer hat vorhin von meinen Träumereien gesprochen. Wenn das Träumerei ist, ein einiges Deutschland ohne Vergewaltigung, so sind mir meine Träumereien immer noch lieber, als alle Kannegieereien. (Anhaltendes Gelächter.) — Abg. Kannegießer kann im Hause nicht darauf antworten.

Die Vorlagen werden angenommen.

Schluss der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen. Der Präsident erfordert die Mitglieder der Fach-Kommissionen (namlich der Justiz, Gemeinde- und Finanz) Kommissionen sich schon am 3. Januar 1867 hier einzufinden zu wollen.

IV Berlin, 20. Dezember. Ueber die gefragten Kommissionsverhandlungen des Abgeordnetenbaues ist noch Folgendes nachzutragen.

In der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses wurden gestern verschiedene, die staatsbürgерliche Stellung der Juden betreffende Petitionen berathen. Der Oberrabbiner Gutro zu Münster batte seine, schon seit einer Reihe von Jahren eingebrachte Petition auf gesetzliche Ausführung der Verfassungsartikel 4. und 12. und Befreitung der damit in Widerpruch stehenden Ministerialerkrüte wiederholt. — Petitionen gleichen Inhalts waren im Auftrage von etwa 300 Vorständen von Synagogengemeinden in Preußen, durch den emerit. Rabbiner Dr. Philippsohn zu Breslau eingereicht, welcher nachträglich eine große Anzahl von Synagogenvorständen und Privatpersonen sich anschlossen hatten, so daß mit alleiniger Ausnahme von Berlin, wo so ziemlich alle Synagogenvorstände, mindestens der bedeutenderen der Monarchie, bei dieser Petition beteiligt sind. — Der Berichterstatter Abg. Lent eröffnete die Berathungen durch einen die Lage der Gesetzgebung, deren Auslegung und Ausführung Seitens des Staatsregierung, umfassenden Bericht, in welchem außerdem eine erschöpfende Darstellung der sonstigen in der preußischen Volksvertretung hierüber stattgehabten Verhandlungen, sowie ein Überblick auf die in den neuerrworbenen Landestheilen über diesen Gegenstand bestehende Gesetzgebung und thatlisch-Verhältnisse enthalten war. Von dem zugezogenen Regierungskommissar wurde erklärt: daß im Ressort des Ministeriums des Innern prinzipiell der Anstellungsfähigkeit der Juden kein Hinderniß entgegenstehe, daß auch kein Fall bekannt sei, in welchem dieem Grundstück widerhandelt sei. Seitens des Justizministeriums wurde erklärt, daß die Juden als Richter nicht anzustellen seien, daß Anstellungen von Juden in der Staatsanwaltschaft seither nicht vorgekommen, daß aber über die Qualifikation einer solchen Anstellung der Regierungskommissar eine Erklärung abzugeben heute nicht in der Lage sei.

— Seitens des Kultusministeriums wurde die Anstellungsfähigkeit der Juden als Lehrer an öffentlichen Lehranstalten prinzipiell für unbedenklich erklärt, soweit nicht statutarische oder stiftungsmäßige Bestimmungen, oder der auch durch Herkommen begründete konfessionelle Charakter der einzelnen Lehranstalt entgegenstehe; wo letzteres zutrete, sei bereits früher mehrfach durch das Kultusministerium hervorgehoben, und hierauf müsse lediglich verwiesen werden.

Nach diesen Erklärungen der Staatsregierung führte Abg. Lent aus, daß die Petitionen soweit sie die Ressorts des Justiz- und des Kultus-Ministeriums betreffen, für begründet zu erachten und beantragte die Petitionen in Betreff dieser Ressorts wiederholt der Staatsregierung zur Abhölf zu überweisen, in Betreff des Ressorts des Ministers des Innern sei dagegen die Erklärung der Reg.-Kommissionen völlig befriedigend auch entgegenstehende Thatthesen weder von den Petenten angeführt noch sonst bekannt.

Nachdem im Laufe der Diskussion die Abg. Professor Kell ist, Wantrup und Michaelis abweichende Ansichten theils in Betreff beider zuerst genannter Ressorts, theils nur Betreffs des Unterrichtsministers geäußert, und andererseits von den Abg. Gneist, Hinrichs, Karz u. a. die

Ansichten des Referenten unterstützt waren, wurden die Anträge der Leute mit allen gegen 2 oder 3 Stimmen zum Beschuß der Kommission erhoßen. — Die Berichterstattung für das Plenum wurde dem Abg. Lent übertragen.

Der Abg. Harkort hat zum stenographischen Bericht über die heutige Sitzung folgende Erklärung abgegeben: „Durch den Schluß wurde mir die Motivierung meiner Abstimmung unmöglich. Jacob Grimm, ein fernstes deutsches Mann, sagt: „dem Menschen wie ganzen Völkern nur notwendiger und gerecht zu sein.“ Dieses ist auch mein Glaube. In Schleswig waren wir tapfer, in Holstein waren wir im Unrecht, denn unser Wort ist nicht gehalten worden. Jahrelang habe ich die Rechte der Herzogthümer in diesem Hause vertheidigt, und da ich mir nicht unterwerfen will, so enthalte ich mich der Abstimmung.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 21. Dezember.

— Der Reingewinn aus den Vorträgen über Friedrich den Großen ist durch den Landrentmeister Herrn Knispel bereits den anderen in unserer Provinz eingegangenen Summen für die National-Invaliden-Stiftung zugeschrieben worden. Somit betragen diese Kapitalien in der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse schon über 2300 Thlr. und werden fortlaufend verzinst. Ein Zweigverein der Stiftung tritt voraussichtlich nach Neujahr ins Leben und wird seine Fürsorge ausschließlich den Invaliden der Provinz zuwenden.

— Der Vikar Konitzer, früher Militärprediger hier selbst, ist als katholischer Religionslehrer am Gymnasium zu Neustadt W. Pr. angestellt worden.

— Daß der mit Schnee gemengte Unrat von unseren Straßen abgeräumt werde, kann wohl nicht verlangt werden, aber so viel könnte wenigstens für die Straßenübergänge geschehen, daß darin keine Überschuhe verloren gehen. Dieses Verlangen ist billig!

— [Ausstellung des Industrievereins im Bazar. Schluss] Von den zahlreichen selbstgefertigten Arbeiten in der Ausstellung haben wir am Schluss unserer Befreiung noch besonders folgende hervorzuheben: In der Ausstellung des Bingerhers Hrn. Blewkiwicz befindet sich unter Anderm eine Darstellung des Grabs Christi, das mit sehr viel Mühe und großer Ausdauer gearbeitet ist. Die Bergwerker Herren Maciejewski, Nowicki & Grünwald haben die einzelnen Binner mit recht schönen Bildern geziert in eichenen Rahmen. Von Herrn Nowicki sehen wir einen geschnittenen und vergoldeten Spiegelrahmen, der höchst sauber ausgeführt ist. Herr Seyland hat neben der schon erwähnten Rollklappe mit Stahlbändern eine sehr praktische Wring- und Rollmaschine für Wäsché ausgestellt. Aus dem Webefabrik des Herrn Hebanowksi ist eine Auswahl sehr schöner Webel, namentlich Kindergarnituren, vom Sattlermeister Hrn. Sikorski sind die glänzendsten Baumzeuge, Zuckenschlösser und sehr elegant ausgeführte Sättel, von Hrn. Klein Damenfahne ausgestellt, die mit Recht Anerkennung finden. Die Fabrik des Hrn. Simon (Städtchen) hat sehr derbe Dräilicke, Leinwand und Tischnege in die Ausstellung gebracht. Hr. Antoniowski zeichnet sich durch gute Klempnerwaren-Artikel, sowie der Schlossermeister Hr. Bogdanowksi durch vorzülliche Schlosser und Beschläge aus.

In der Kleiderausstellung der Herren Laslawowski & Felewicz müssen wir die durablen Überzieher erwähnen, unter den ausgestellten Artikeln des Gelbgiebers Hrn. Offierski die eleganten Baubeschläge und endlich in der Ausstellung des Hrn. Oberfeld die verschiedenen Kunstschlösser, eine Brotschniedemaschine und die leicht heizbaren Chamottö

Saal des Hôtel de Saxe.

Breslauerstraße Nr. 15., erste Etage.
Gewerbliche Weihnachts-Ausstellung.
NB. Sämtliche Gegenstände sind verkauflich.

Angekommene Fremde.

Vom 21. Dezember.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Modlibowski aus Kromolice, v. Skorzenowska aus Nowy Targ, Frau v. Konarski aus Konarsko, v. Schubert nebst Frau aus Großdörfel, Frau v. Krzyzanowska nebst Tochter aus Swidzim und Frau v. Barba aus Sady, Bürger Serafinski nebst Frau aus Kielce, Partikularer Stalski aus Koslowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Jaraciewski aus Kalisch, v. Blocziewski aus Ostrowo, v. Laskowski aus Nynki und Gräfin Dambrowska aus Kolaczkowo, Lieutenant Fuhr aus Homburg, Schauspielerin Fräulein Kraft aus Breslau, Studiosus Felizki aus Florenz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Zablocki aus Neudorf, Gräfin v. Skorzenowska nebst Tochter aus Lubostron, Graf Holtzendorf aus Niechanowo, Frau Wolanska aus Bardo, v. Strzydlewski aus Dziezyn, v. Pradzynski aus Lucin, v. Blocziewski aus Sobieski aus Dzieciomirki, v. Berejanski aus Garzno und Schmidt nebst Frau aus Charczowo, Rechtsanwalt Lipecki aus Schrimm, Bürger v. Waliszewski aus Plestchen, Fräulein Toka aus Stettin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer Graf Langendorf aus Schloss Rawicz, die Kaufleute Budor und Schönland aus Berlin, die Gutsbesitzer Brinkmann aus Bromberg, Sperling aus Kielow, Student aus Sławkow und Frau Griebel aus Napachanie.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Schönbrodt aus Bingen, Stark aus Berlin, Mündner aus Frankfurt und Neimers aus Stettin, Bürger Schulz aus Schrimm, Landwirt Franz aus Breslau, Gutsbesitzer Garzynski aus Węgorzewo, Lieutenant v. Förster aus Thorn.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Urbanowski aus Turostow, Hoppe aus Nowy Dwór, Frau Wislicem nebst Tochter aus Konarski, Frau v. Seredynska aus Sosnowo und Kosutski aus Gorzykowo, Oberamtmann Burchardt nebst Frau aus Wejherow, Wirtschaftskommissar Pastowski aus Bagrowo, die Rittergutsbesitzerin Frau v. Jasinska aus Michaleza und Frau v. Buchowski aus Pomarzanek.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Potocki aus Będewo und Materne aus Chwafowo, Lieutenant v. Lebler aus Gnesen, Ober-

amtmann Walz und Frau Fleischer aus Gora, Kaufmann Langbein aus Berlin, Gutsadministrator Graumann nebst Familie aus Kürnik, Domänenpächter Laube aus Trzebislawki und Rendant Heinrich aus Bozen.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Buschowksi aus Mileszow, Jauerini aus Nagradowice, Heideroth aus Babiszow, Mudrau aus Pietrowo, die Gutsbesitzer Beydt aus Koszyn, Heideroth nebst Frau aus Blawie und Schuhmann aus Lubien, Oberamtmann Krause aus Stejewo, die Landwirthe Briefe nebst Frau aus Lubin und Sackowski nebst Frau aus Briefen, die Kaufleute Badek aus Braunschweig, Silberstein aus Santomysl, Brunner aus Gnesen und Kohn aus Berlin, Herminski aus Mikulzow.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Starke aus Bialcz, Dominierski aus Buchwald, Moszczenski aus Stempuchowo, Blocziewski aus Przeclaw, Hotel de PARIS. Die Gutsbesitzer Drzengsi und Wessierski aus Borzecjewo, Jordan aus Bobrowo, Jarantowski aus Miniszewo und Mittelstadt aus Kapruszewo, Ugronow, Bozciechowski aus Unia, die Präsident Dyonisius aus Slupia und Kudlinski aus Gluchowo, die Gutsbesitzer Walter Leiszner aus Babin und Rzadkewski aus Gwiazdow.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Gutsbesitzer Gurczewski aus Schrada und Willmanns aus Begow, Landwirt Koop aus Bromberg, Destillateur Mager, die Kaufleute Buch aus Bütz und Bremer aus Bremzla, die Postbeamten Mann aus Breslau, Stange, Wilhelm und Scholz aus Stettin, Baumeister Steinig aus Kosten.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für den biesigen Festungsbau im Jahre 1867 erforderlichen Bau- und Schnitzholzer, so wie die Ausführung der Anstreicher- und Pfasterarbeiten, soll anderweitig öffentlich verhandelt werden, wozu ein Termin auf Donnerstag

den 27. Dezember 1866

Vormittags 11 Uhr

hierdurch mit dem Bemerkern angesetzt wird, dass die Lieferungs- und Leistungs-rc. Bedingungen in Bureau der Festungs-Baudirektion einzusehen sind.

Posen, den 20. Dezember 1866.

Königliche Festungs-Baudirektion.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Steinkohlen-Bedarfs pro 1867 bis 1869 für die biesigen Garnison-Anstalten und das Garnison-Vazareth rc. circa jährlich 12,000 Tonnen, soll

Sonnabend den 22. d. M.

Vormittags 10 Uhr

im Bureau der Garnison-Verwaltung durch Submission ausgetragen werden, wozu Unternehmungslustige mit dem Bemerkern eingeladen werden, dass die Lieferungs- und Bedingungen vorher einzusehen sind.

Posen, den 16. Debr. 1866.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Bei der am 28. September und 15. Dezember d. J. stattgehabten Auslösung von Breslauer Kreis-Obligationen sind nachbenannte Buchstaben und Nummern gezogen worden, und zwar:

Bon Serie I.

Buchstabe A a 1000 Thlr. Nr. 55.
B a 500 Thlr. Nr. 116.

" C a 100 Thlr. Nr. 131. 140.
149. 155. 205. 206.

Buchstabe D a 50 Thlr. Nr. 234. 237.
242. 261. 272. 291. 300.

Buchstabe E a 25 Thlr. Nr. 340. 354.
361. 394. 409. 424. 448. 449. 453.

467. 487. 498. 499. und 526.

Bon Serie II.

Buchstabe C a 100 Thlr. Nr. 47. 73. 81.
108. 116.

Buchstabe D a 50 Thlr. Nr. 127. 134.
136. 151.

Buchstabe E a 25 Thlr. Nr. 157. 177.
179. 181. 187. 193. 195. 196.

Von den Obligationen für den Bau der

Frankfurt-Guben-Potsener Eisenbahn:

Buchstabe B a 500 Thlr. Nr. 35.

" C a 100 Thlr. Nr. 82. 98.
" D a 50 Thlr. Nr. 127. 128.
131.

Buchstabe E a 25 Thlr. Nr. 161. 173.
181. 195.

Diese Obligationen werden den Inhabern hierdurch zum 1. Juli 1867 mit der Aufforderung gefündigt, den Kapitalbetrag gegen Rückgabe der Obligationen und der dazu gehörigen Binstkupons der späteren Fälligkeitstermine von dem genannten Tage ab bei der Kreis-Kommunalkasse hier selbst in Empfang zu nehmen.

Auch werden die Inhaber der bereits früher aufgerufenen, bis jetzt aber immer noch nicht präsentierten Obligationen:

Bon Serie I.

Buchstabe A a 1000 Thlr. Nr. 28.
E a 25 Thlr. Nr. 443. und 447.

Bon Serie II.

Buchstabe D a 50 Thlr. Nr. 131.
E a 25 Thlr. Nr. 116. 171. und
180.

an deren Einlösung wiederholt erinnert.

Wolstein, den 17. Dezember 1866.

Die kreisständische Chausseebau-Kommission.

Bekanntmachung.

An unserer Mittel-Schule ist die erste Lehrerstelle mit 450 Thlr. Gebalt zu Ostern für zu besetzen. Qualifizierte Bewerber, welche ein Seminar für Stadtschulen besucht haben, und für den Unterricht in den Naturwissenschaften eine besondere Befähigung nachweisen können, wollen sich mit ihren Zeugnissen bei uns melden. Diejenigen, welche hierbei auch das Examen pro schola nachweisen sollten, werden besonders berücksichtigt werden. Auch wird bemerkt, dass für den Fall der Übernahme des Turnunterrichts eine besondere Remuneration von 50 Thlr. gewährt werden kann.

Bromberg, den 16. Dezember 1866.

Der Magistrat.

ausgeschlossene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes.

Posen, den 15. Dezember 1866.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Freiwillige Subhastation.

Die den Gewinnohufchen Erben gehörigen, in Posen, große Gerberstraße Nr. 26/29, belegenen, in dem Hypothekenbuch unter Nr. 431 A. der Altstadt verzeichneten, zu Fabrikalagen sich eignenden Grundstücke, abgeschäfft auf 42,947 Thlr. 25 Satz. 3 Pf. zufolge der nebst den Bedingungen in unserem Büro III. D. einzuführenden Taxe, sollen

am 22. Juni 1867

Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Als dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger werden vorgeladen:

1) die Frau v. Warsdorf.
2) die verw. Frau Gastwirth Niemane Amalie geb. Müller, bezüglich deren unbekannte Erben.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Rechtsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anschluss bei uns zu melden.

Militisch, den 12. Dezember 1866.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Handelsregister.

Bei folge Verfüzung vom heutigen Tage ist in das Querels-Register des unterzeichneten Gerichts eingetragen:

1) in das Gesellschafts-Register bei Nr. 18: der Kaufmann Carl Heinrich Adolph Ulrich zu Berlin ist aus der in Posen unter der Firma Carl Heinr. Ulrich & Co. bestehenden Handelsgesellschaft als Gesellschafter ausgeschieden; der Kaufmann Robert Garfey zu Posen seit das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma Carl Heinr. Ulrich & Co. fort und ist die Handelsgesellschaft als aufgelöst gelöst;

2) in das Firmen-Register unter Nr. 908: die Firma Carl Heinr. Ulrich & Co. zu Posen, und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann Robert Garfey da selbst;

3) in das Register zur Eintragung der Ausschließung der ehemaligen Güter-Gemeinschaft:

unter Nr. 116.: Die von dem Kaufmann Theodor Luszinski zu Posen für seine Ehe mit Elvira Kleczynska durch Vertrag vom 25. November 1866,

unter Nr. 117.: die von dem Kaufmann Meyer (Moritz) Brandt zu Posen für seine Ehe mit Dorothea Auerbach durch Vertrag vom 28. November 1866

Die öffentliche Danksagung.

Durch das bei mir unterm 26. v. M. ausgebrochene Feuer, bin ich für den dadurch entstandenen Schaden von der Feuerversicherungsgesellschaft „Thuringia“ in Erfurt, welche durch die Herren Gebrüder Jablonksi hier vertreten ist, zu meiner größten Befriedigung entschädigt worden, weshalb ich der oben benannten Gesellschaft, als auch den Herren Gebr. Jablonksi öffentlich meinen Dank sage.

Posen, den 20. Dezember 1866.

J. Blumenthal.

Die praktische Ausführung v. Brennerei mit Maschinenbetrieb und rauchverzehrenden Dampfturbinen- und Ventilationsanlagen, sowie die Anfertigung der nötigen Zeichnungen und Kosten-Aufschläge übernimmt

J. Pfitzmann,

Maurermeister in Posen, Sandstr. 8.

Donnerstag

den 27. d. Mts.

bringe ich einen großen Transport

frischmolkender Nebrucher Kühe nebst

Kälbern in Leifers Hôtel zum Verkauf.

J. Klakow, Viehhändler.

Zum Bockverkauf aus meiner Original-Negretti-Stammherde die Anzeige, dass die Preise bereits geordnet und festgestellt sind, der Verkauf begonnen. Nach dem Schur können circa 130 überzählige Vollblutmänner abgegeben werden. Führwerk wird nach vorheriger Anzeige auf dem nur 20 Minuten entfernten Bahnhof Nechlin bereit sein.

Werbewo, Dezember 1866.

J. F. Flügge.

50 fette Masthammel

stehen in Bielzycze bei Wreschen zum Verkauf.

Nur eine Treppe hoch.

Um Rückfracht zu ersparen.

Leinen-, Drell- und Damastwaaren wie auch fertiger Herren- und Damenwäsche möglichst ganz zu räumen, habe ich die Preise für sämliche Waaren nochmals ganz bedeutend heruntergesetzt und wird sich daher eine solche Gelegenheit zum auffallend billigen Einkauf gewiss nicht wieder darbieten.

H. Lachmanski aus Königsberg.

Der Verkauf dauert nur bis Montag Abend im Hause des Herrn Tielesfeld. Markt- und Büttelstraßen. Ecke eine Treppe (Eingang nur Büttelstraße).

Shirting, Chiffon, Negligéstoffe, Crimolins und Moiré ganz besonders billig. Beste Leinen, einzelne Oberhemden und Herren-Kragen zum Antiköpfen untern Kostenpreis.

Auch Sonnabend und Sonntag findet der Verkauf statt.

Nur eine Treppe hoch.

Gänzlicher Ausverkauf der Restbestände meines Waaren-Lagers Wallischei Nr. 3. im 2. Stock.

Julius Lasch.

Eine große Glennhaut ist billig zu verkaufen bei Isaac Cohn, Wilhelmstr. Nr. 22. im Hinterhaus.

Wunder-Cigarren-Spiralen, elegante Portemonnaies mit Stickerei, 25 Sgr., so wie alle Arten angefangene und fertige Stickereien, empfiehlt sich Anna Pfeiffer, Breslauerstr. 22, Ende der Bergstr.

S. H. Korach,

Neue Straße

Aepfel! Billig! Billig!

Heute und die folgenden Tage großer Ausverkauf billiger **Hamburger Aepfel** im Keller des Herrn **Heymann Moral, Markt Nr. 8, Ecke der Kräuzelgasse.**

Die Konditorei und Weinhandlung von

A. Pfitzner am Markte

empfiehlt zum Feste ihr bedeutendes Lager von direkt bezogenen Ober-Ungar- und Bordeaux-Weinen, eben so die besten Marken Champa-

nean zu den solidesten Engros-Preisen

Rand-Marzipan

in Säcken verschiedener Größe und in Stücken, täglich frisch gefüllt, das Pfund 20 Sgr., empfiehlt die Konditorei

A. Pfitzner am Markte.

Am 2. Januar 1867ziehung der
großen Geldverlosung

Fl. 100,000
Hauptgewinn.

Am 2. Januar 1867ziehung der
großen Geldverlosung

Fl. 100,000
Hauptgewinn.

Es müssen unfehlbar gewonnen werden:
Fl. 100,000, 10,000, 28 mal 1000, 2 mal 500, 3 mal 300,
5 mal 250, 14 mal 200, 26 mal 100, 79 mal 60 und 1985 mal 46 niedrigster Gewinn. Zu dieserziehung kostet 1/2 Loope nur Thlr. 1, 6 Loope Thlr. 5, 14 Loope Thlr. 10 und 30 Loope Thlr. 20, und sind durch Unterzeichnen gegen baar oder durch Postverschluß zu beziehen. Es ist daher Jedermann die Gelegenheit geboten, mit nur Thlr. 1. den Hauptpreis von Fl. 100,000 erlangen zu können. Bläue und Beiblätter unentgeldlich. Bestellungen erbitten baldigst, um noch rechtzeitig effektuieren zu können.

Chr. Chr. Fuchs in Frankfurt a. M.

Ein sehr elegantes großes Quartier

vor dem Schweidniger Thore, aber im Innern der Stadt, ganz neu und sehr elegant renovirt, ist, da der letzige Mieter verbündet war, dasselbe zu beziehen, mit einem Verlust anderweitig billig zu vermieten.

Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst Herr **Emil Kabath**, Inhaber des Stangenischen Annoncen-Bureaus in Breslau, Karlsstraße Nr. 28.

In **Krugs Hotel** ist von Neujahr ab ein möbliertes Zimmer zu vermieten.

Neuerstr. 5, im ersten Stock ist eine Wohnung zu vermieten. **Z. Zudek & Co.**

Eine herrschaftliche Parterre-Wohnung von 5 Stuben, Küche nebst Budebör, ist Halbdorfstraße 29/30, zu vermieten und sofort zu beziehen, auch kann Pferdestall und Remise dazu vermietet werden.

Ein gewandter Kassengehülfen wird sofort gesucht. Einommen 200 Thlr. Abzöpfungsware erwünscht. Offerten sub **H. J. Rosenthal** poste restante.

Ein evangelischer Hauslehrer mit guten Bezeugnissen verschreibt, wird für 4 kleine Kinder auf dem Lande zum 1. Januar gewünscht. Anfangsgründe in der Wüste, so wie in Französisch und Lateinisch Bedingung. Gehalt 60–80 Thlr. Wo? Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Ein gebildeter junger Mann, welcher sich der Landwirthschaft widmen will, findet Stellung auf dem Rittergute Knyzyn bei Mur. Goslin, Prov. Posen. Persönliche Vorstellung ist Bedingung. Wissenschaftlich befähigten Bewerbern wird gleich im Anfange ein kleines Salair bewilligt.

Ein anständig gebildeter junger Mann, der womöglich der volmischen Sprache mächtig ist, und wirklich Lust zur Landwirthschaft hat, kann sich als Eleve melden und sofort eintreten auf dem Dominium Niemierzow bei Biinne. Näheres daselbst auf portofreie Auftragen.

H. Bardt

Die längst erwarteten Wiener Stiefel sind heute angekommen bei **A. Apolant**, Wasserstr. 6.

Junge Mädchen, die im Nähn geübt sind und dauernd beschäftigt sein wollen, können sich melden St. Martin 41, zwei Treppen hoch.

Einen Lehrling von hier zum sofortigen Antritt wünschen **Manns Ephraim & Sohn**.

Einen Lehrling sucht **Samuel Gimkiewicz**.

Ein Wirtschafts-Inspektor, unverheirathet, militärfrei, seit vier Jahren in seiner jetzigen Stellung, welcher auch die Leitung einer Brennerei mit übernehmen kann, sucht zum 1. April 1867 entsprechende Stellung. Auch wäre der selbe erbötig, nöthigenfalls schon am 1. Jahr einzutreten. Gefällige Offerten unter **H. P.** poste rest. **Poin. Lissa**.

Eine zuverlässige Frau wünscht eine Aufwartestelle. Adresse zu erfr. in der Exp. d. B.

Börsen-Telegramme.

Geschenke für Damen

in höchst eleganten Prachtbänden.

Deser. Aesthetische Briefe an eine Jungfrau. Illustrirt 3 Thlr. 7½ Sgr. — **Wernicke.** Weltgeschichte für das weibliche Geschlecht. Illustrirt 3 Thlr. 22½ Sgr. (das empfehlenswerthe, erst neuendes vollennte Gelehrteswerk für Damen.) — **Becker.** Charakterbilder aus der Kunstgeschichte. Illustrirt 2 Thlr. 22½ Sgr. **Becker.** Kunst und Künstler des 16., 17. und 18. Jahrhunderts; mit sehr vielen vorzüglichen Holzschnitten. 3 Bände. 12 Thaler. — **Düsseldorfer Künstler.** Album 1867, 5 Thlr. 5 Sgr. Deutsche Kunst in Bild und Bild, 1867, 5 Thlr. (früher Jahrgänge billiger). Blätter und Blätter deutscher Poësie und Kunst. Höchst brillant ausgestattet mit Stahlstichen. 6 Thlr. 20 Sgr. — **Bodenstedt.** Album deutscher Kunst und Dichtung (diesjährige Novität) 4 Thlr. 10 Sgr. — **Serot.** Palmblätter, 1 Thlr. 14 Sgr. — **Sturm.** Stilles Leben 22½ Sgr. **Sturm.** Habsandacht, 1 Thlr. 20 Sgr. — **Spicker.** Stunden der Andacht, 1 Thlr. 20 Sgr. — **Hammer.** Leben und Heimat in Gott. Illustrirt 2 Thlr. — **Pharus** am Meere des Lebens. 2 Bände, à 2 Thlr. 10 Sgr. — **Rückert.** Gedichte, 2 Thlr. 7½ Sgr. — **Fischer.** Das Mutterherz in der deutschen Dichtung, 15 Sgr. — **Heyden.** Das Wort der Frau. Mit prachtvollen Illustrationen. 2 Thlr. — **Fritz Reuter's Werke.** 12 Bände à 1 Thlr. 10 Sgr. — **Göthe-Gallerie.** 50 Stahlstiche von Becht und Ramberg, 16 Thlr. 20 Sgr. — Desgleichen 21 Photoqr. von **Kaulbach.** 7 Thlr. — **Schiller-Gallerie** in denfelben Ausgaben, außerdem ganz neu die Stahlstich-Ausgabe in kleinerem Format für 5 Thlr. — Ferner Schriften von Wildermuth, Nathusius, sämtliche Klassiker, Pracht-Albums, Anthologien, Bildungsschriften u. s. w., sind in reicher Auswahl vorrätig bei

Louis Türk, Wilhelmplatz 4.

Das hier täglich Morgens und Abends erscheinende große und vollkommen unabhängige Organ

„Die Post“

zeichnet sich ganz besonders vortheilhaft durch eine Reihe von Eigenschaften aus, die den meisten anderen Berliner Blättern entweder ganz abgehen, oder sich doch nicht in der Vereinigung bieten, wie sie hier vorhanden sind. Die „Post“ ist zunächst das einzige Berliner Blatt, welches auch an Sonn- und Festtagen regelmäßig erscheint. Zu den Hauptvorzügen dieser Zeitung gehört die Verbindung mit einer Reihe auswärtiger Correspondenten, unter denen sich die gefeiertesten Namen der deutschen Publicistik befinden. Die „Post“ ist in Folge dessen in der Lage, täglich Original-Correspondenzen aus Paris, Wien, Heidelberg, Kassel, Hannover, Wiesbaden, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M. und Breslau zu bringen. Nächstdem zeichnet sich die „Post“ durch eine tägliche Rundschau aus, welche, bei gedrängter Kürze, dem Leser ein vollständiges Bild über die wichtigsten politischen Tagesereignisse bietet, so daß der selbe durchaus orientirt in die weitere Lectüre der Zeitung eintreten kann. Besonders reich sind die Berliner Nachrichten über politische und internationale Vorgänge, über communale, locale, kommerzielle, volks- und landwirtschaftliche Fragen und Tagesgebegebenheiten bedacht. Recensionen über Theater und Musik aus der Feder eines altbewährten Meisters der Kunstschrift, eine Fülle der Berichterstattung über neuere hervorragende Erscheinungen der Tagesliteratur, ein reichhaltiges und interessantes Feuilleton und zuverlässige und vollständige Berichte über den Stand der Geld- und Getreide-Börse, — das sind die Vorzüge des Blattes, welches bei vortrefflichem Druck auf schönem weißem Papier in zwei Bogen Folio nur den geringen Abonnementspreis von 1 Thlr 7½ Sgr. für Berlin, 1 Thlr. 15 Sgr. für das übrige Deutschland per Quartal kostet und damit bei seinem außerordentlich reichen Inhalt entschieden das billigste politische Organ ist, welches Berlin aufzuweisen hat. Abonnements nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Expedition der „Post.“

Berlin, Jägerstraße Nr. 22.

Altonaer Nachrichten.

Die „Altonaer Nachrichten“ enthalten in ihrem politischen Theile, außer Leit- und Uebersichts-Artikeln, eine vollständige Rundschau über alle Ereignisse der Tagesgeschichte, deren wichtigste Nachrichten dem Blatte telegraphisch zugehen, mit besonderer Berücksichtigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten. — Das reiche Feuilleton bringt nicht nur fortlaufend Unterhaltungslektüre, sondern auch regelmäßig Artikel über Kommunal- und Landesangelegenheiten. Zu der Zahl der Mitarbeiter gehören u. a. die Herren Dr. **Wienbarg**, **Stettenheim**, **Zeise**, **Hell** u. c. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme des Montags. Der Preis für Auswärtige beträgt 3 Mark 4 Sch. (1 Thlr. 9 Sgr.) pro Quartal. **Insetate** kosten pro Zeile nur 2 Schill. (1½ Sgr.) und finden bei der starken Auflage von 5500 die allgemeinste Verbreitung.

Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie die Kommissionnaire des Blattes entgegen.

Bei mir ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätig:

Grundlinien

des **Wechselrechts.**

Von

H. Hoyer,

Kreisrichter.

Eleg. brosch. 22 Sgr. 6 Pf.

Louis Merzbach.

Vorrätig bei **Louis Türk**, Wilhelmplatz 4.

Gottschalk, Blüthenkranz neuer deutscher Dichtung. Sehr elegant gebunden. 1 Thlr. 15 Sgr.

Familien-Nachrichten. Entbindungs-Anzeige.

(Statt jeder besondern Meldung.) Heute Mittag 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Ida geb. v. Lewinska sehr schwer von einem toden Mädchen entbunden.

Posen, den 20. Dezember 1866.

von Bülow,

Hauptmann u. Kompanie Chef im 3. Niedersch. Inf.-Regiment Nr. 50.

Die heute früh 7½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Rosalie, geb. Wolfssohn, von einem munteren Knaben, zeigt Verwandten und Bekannten ergebenst an.

Simon Jaffe.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88½ Br. do. Rentenbriefe 49 Br. do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br. do. 5% Odra-Mobilisations-Obligationen 98 Br. do. 4½% Kreis-Obligationen 89½ Br., polnische Banknoten 78½ Gr.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pf.], pr. Dezbr. 49%, Dezbr. 1866 Jan. 1867 49%, Jan. Febr. 1867 49%, Febr. März 1867 49%, März April 1867 49%, Frühjahr 1867 49%.

Spiritus [p. 100 Quart, pr. Dezbr. 15½%, Jan. 1867 15½%, Febr. 1867 15½%, März 1867 15½%, April 1867 15½%, Mai 1867 15½%].

in Bors. Altmark, verw. Fr. Amtsräthrin J. Meyer in Kütnick, Rektor Fr. Wilda in Darzig bei Pasewalk, Fr. Fr. Aug. Heinze Freiherr v. Lutitz in Liegnitz.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, 23. Dez. Borm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. — Nachm. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.

Montag, 24. Dez., Abends 5 Uhr: Christnacht: Herr Oberprediger Klette.

Dienstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag) Borm. 10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Mittwoch, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag) Borm. 10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.

Petruskirche. Petrigemeinde. Sonntag, 23. Dez., früh 10½ Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Prediger Giese.

Montag, 24. Dez., Nachm. 4 Uhr zur Christnacht liturgischer Gottesdienst und am Schlusß desselben Vorbereitung zum Abendmahl.

Dienstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag) früh 10½ Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Goebel (Abendmahl). — Abends 6 Uhr: Herr Prediger Giese.

Mittwoch, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag) früh 10½ Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Prediger Giese.

Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 23. Dez., Borm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Prediger Herwig. — 9 Uhr, Predigt: Herr General-Superintendent Dr. Ernanz.

Dienstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag) Borm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Prediger Herwig. — 9 Uhr: Herr Konfessorialrath Schulz.

Mittwoch, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag) Borm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Konfessorialrath Schulz. — 9 Uhr, Predigt: Herr Prediger Herwig.

Garnisonkirche. Sonntag, 23. Dez. Borm. 10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinweber. — Nachm. 5 Uhr: Herr Militär-Oberprediger Haendler.

Montag, 24. Dez., Abends 5 Uhr: Christnachtsandacht.

Dienstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag) Borm. 10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinweber. — 9 Uhr, Predigt: Herr Prediger Haendler.

Evang. Luther. Gemeinde. Sonntag, 23. Dez., Borm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Dienstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag), früh 6 Uhr: Christnachtsfeier.

Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Mittwoch, 26. Dez. (2. Weihnachtsfeiertag) Borm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 13. bis 20. Dez.: getauft: 7 männliche, 8 weibliche; gestorben: 6 männliche, 3 weibliche, getraut: Paar.

Im Tempel der isr. Brüder-Gemeinde. Sonnabend den 22. Dez. Borm. 9½ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

23. XII. 6½ Uhr Abends Weihnachtsbescherung im Logen-Vokale.

Stadt-Theater.

Freitag Gastspiel des Fräulein Aurelie vom Stadttheater zu Breslau. Auf Verlangen wiederholt: Der Barbier von Sevilla.

Sonntags: Komische Oper in 3 Akten von Rossini.

Sonnabend ein Theater.

Sonntag: Liebhabereien, oder: Feder hat sein Ste

